Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Hybernská [illegible]

Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachtredaktion: 6797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich .... Kč 16.—
vierteljährlich .... „ 48.—
halbjährig .... „ 96.—
ganzjährig .... „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang. Freitag, 19. September 1924. Nr. 221.

Aufklärungsarbeit der Unternehmer.

Durch Zufall ist kürzlich ein vertrauliches Rundschreiben der Zwittauer Unternehmer bekannt geworden, das Zeugnis von ihrem scharf ausgeprägten Klassenbewußtsein ablegt. Im Zusammenhange mit einer Aktion, den Unorganisierten beim Besuch einer Ausstellung dieselben Begünstigungen zu verschaffen wie den organisierten Arbeitern, wurde dort der richtige Klassenstandpunkt der Unternehmer vertreten, mit der Bemerkung, es sei im allgemein-industriellen Interesse gelegen, daß die Arbeiter nicht organisiert sind.

Daß die Unternehmer die Organisation ebenso fürchten und hassen wie der Teufel das Weihwasser, ist weiter keine Neuigkeit. Aber unter den gegebenen Verhältnissen ist es doch recht nützlich, dieses offene Eingeständnis der Unternehmer den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft einzuprägen, damit sie selbst nachprüfen, ob ihre Klassenerkenntnis schon soweit vorgeschritten ist, wie die ihrer Gegner. Und besonders den verblendeten Arbeitern, die heute Gegner ihrer eigenen Klassenorganisationen sind, müßte man die entscheidende Stelle des Zwittauer Rundschreibens in Flammenschrift vor Augen führen.

Es liegt also im Interesse der Unternehmer, daß die Arbeiter nicht organisiert sind. Sie selbst geben das unter sich zu. Sie wissen was ihnen nottut. Keine Organisation, keine Verhandlungen, kein Kollektivvertrag, kein Streik. Sie wollen im Betrieb Ruhe haben. Ruhe zum Verdienen. Ruhe beim Ausbeuten. Ruhe bei der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Ruhe beim Lohnabbau, Ruhe bei Arbeitszeitverlängerung und bei den Entlassungen. Es liegt ja im „allgemeinindustriellen Interesse", das sich die Arbeiter alles ruhig gefallen lassen, daß sie demütig den Nacken unter den Fabrikantenstiefel beugen, daß sie nicht aufmucken, bei keiner Organisation Zuflucht suchen.

Und was liegt nun im Interesse der Arbeiter? Es sollte eigentlich keinen geben, der es nicht weiß: Fester Zusammenschluß, gegenseitige Solidarität, unerschütterliche Treue zur Organisation und zu ihren Führern, rastlose Arbeit zur Stärkung der Bewegung. Das sind Forderungen, die sich aus dem Standpunkt der Unternehmer und aus dem Klasseninteresse der Arbeiter von selber ergeben. Wären die Arbeiter so klassenbewußt, wie die Unternehmer, dann brauchten wir uns bei diesen Selbstverständlichkeiten nicht mehr aufzuhalten, könnten weiterschreitend neue, größere Aufgaben lösen. So aber müssen wir in dieser Zeit der traurigsten Verirrungen des Arbeiterbewußtseins wieder von neuem beginnen, die unvergänglichen Erkenntnisse, die Karl Marx schon vor 60 Jahren ausgesprochen hat, zu verbreiten: **Daß die Arbeiterklasse entweder hoffnungslos zugrunde gehen oder sich aus eigener organisierter Kraft befreien muß.**

Wenn diese wichtige Klassenerkenntnis, die schon längst zum eisernen Bestande des proletarischen Denkens gehören müßte, heute bei vielen Arbeitern getrübt ist, so ist das eine Folge der kommunistischen Vergiftungsarbeit und des reaktionären Kesseltreibens gegen die Arbeiterbewegung. Diese Faktoren haben es soweit gebracht, daß manche Proletarier Feinde ihrer selbst, Feinde ihrer eigenen Klassenorganisationen geworden sind. Die Bourgeoisie hat erkannt, daß ihre Lage immer hoffnungloser wird, wenn sie einem einigen organisatorisch und geistig geschlossenen Proletariat gegenübersteht. Deshalb ist es ihr Bestreben, möglichst viele Arbeiter zum Klassenkampfe gegen ihre eigenen Interessen zu gewinnen. Das ist der Sinn und Zweck aller gelben Vereine, aller völkischen, christlichsozialen, deutschnationalen und deutschdemokratischen Auchgewerkschaften. Durch die Breschen, die die kommunistische Verhetzungsarbeit der proletarischen Klassenerkenntnis geschlagen hat, versucht nun die bürgerliche Ideologie einzudringen und die Zersplitterung des Proletariats zu verewigen.

Daß dieses gefährliche Beginnen nicht ohne Erfolg blieb, dafür zeugen die Verhältnisse in den Betrieben. Die Unternehmer können ihre Freude daran haben, wie ihre Geschäfte vielfach von Arbeitern besorgt werden, von Arbeitern, die nicht mehr den Kapitalismus, sondern die Sachwalterin ihrer Interessen bekämpfen, von Arbeitern, die grundsätzlich den Arbeiterfeinden schmeicheln und die Arbeiterführer besudeln. Das „allgemeinindustrielle Interesse" ist in den letzten Jahren nur zu oft von irregeleiteten Arbeitern gefördert worden, die den Unternehmern behilflich waren, sich der gehaßten Organisationen zu entledigen.

Wo das Werk gelang, dort regiert nun Knechtseligkeit und Verzweiflung. Man muß nur die Belegschaft eines Betriebes, der von Fraktionskämpfen zerrüttet, von Gelben und Spitzeln durchsetzt ist, anschauen, wenn sie von der Schicht heimgeht. Soviel Mißmut, soviel Verzagtheit und stumpfer Gleichmut als aus ihren Gesichtern spricht, ist sonst selten anzutreffen. Die Leute haben mit dem Glauben an die Organisation den Glauben an sich selbst verloren. Sie, die selber die Waffen zu ihrer Besserstellung und Befreiung zerbrochen haben, sehen keinen Ausweg aus ihrer Lage, keine Rettung vor Lohndruck und Antreiberei. Das Gefühl dieser Ohnmacht führt zu schwerster seelischer Depression.

Es ist Zeit, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen wieder wachgerüttelt werden, die mit ihrem Klassenbewußtsein auch ihr Menschenbewußtsein verloren haben. Die Gleichgültigen, die Kleinmütigen, die Schwankenden und die Irregeführten müssen wieder erkennen, daß es keinen anderen Ausweg aus quälvoller Gegenwart gibt, als die Rückkehr zur Klassenerkenntnis, der Wiedereintritt in die Klassenkampforganisation, der gemeinsame Kampf mit Millionen Gleichgesinnter um eine bessere Zukunft. Die Unternehmer leisten in Verfolgung ihres Klassenzieles in dieser Richtung wertvolle Aufklärungsarbeit. **Ihre unversöhnliche Feindschaft gegen alle sozialdemokratischen Organisationen, zeigt dem letzten Arbeiter, daß er in wohlverstandenem Eigeninteresse organisierter Sozialdemokrat sein muß.**

Der dritte Tag der Sozialversicherungsdebatte.

Kuhhandel vor der Abstimmung.

Prag, 18. September. In ganztägiger Sitzung hat das Abgeordnetenhaus heute die Spezialdebatte über die Sozialversicherung abgeführt. Die Redner der deutschen Parteien begründeten ihre Stellungnahme bei der Abstimmung und man weiß, daß die Deutschnationalen und die Landbündler gegen, die Christlichsozialen und die Nationalsozialisten für die Vorlage stimmen werden. Das Vorgehen der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Abstimmung begründete Genosse Beutel, der auch ein Resumee des bisherigen Verlaufes der Debatte zog.

An der Aussprache beteiligten sich verhältnismäßig viel Koalitionsredner; doch waren nur die Ausführungen des bekannten Volkswirtschaftlers Englis von einiger Bedeutung. Schließlich griff auch Prof. Schönbaum als Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge in die Debatte ein.

Wider alles Erwarten kam es abends nicht zur Abstimmung: die tschechischen Agrarier setzen ihre Erpressungspolitik fort. Durch ihren Abgeordneten Dubický erheben sie die Forderung, die Bestimmung der obligatorischen Kassenverbände möge aus der Vorlage eliminiert werden. Die sozialpolitische Pětka beschäftigte sich mit dieser agrarischen Forderung in einer Sitzung, deren Resultat ergebnislos war. Die Forderung der Agrarier befindet sich nun in der politischen Pětka, die sich bis abends nicht einigen konnte, so daß an die Abstimmung, die sich übrigens kompliziert gestalten dürfte, nicht geschritten werden konnte.

Die nächste Sitzung findet morgen statt. Wir geben nachstehend die wichtigsten Reden aus der Debatte wieder:

Stenzl (d. Gewerbepartei) führt aus: Die deutsche Gewerbepartei begrüßt das Gesetz über die Sozialversicherung, nachdem auch die ihr angeschlossenen Mitglieder als arbeitende Menschen dieser notwendigen sozialen Maßnahme vollstes Verständnis entgegenbringen. Sie kann aber ihre volle Zustimmung dem Entwurfe nur dann geben, wenn gemäß den eingebrachten Abänderungsanträgen betreffend die Erhaltung der gewerblichen Genossenschaftskrankenkassen die entsprechende Abänderung erfolgt und das Junktim mit der Versicherung der selbständig Erwerbenden aufrecht erhalten bleibt.

Englis (tsch. Nat.-Dem.) führt aus: In zwei Fällen kann die Sozialversicherung die Produktivität der Volkswirtschaft bedrohen, und dies darin, wenn es gelingen würde, die Preise um alles das hinaufzusetzen, was die Sozialversicherung kostet, weil dadurch die Konkurrenzfähigkeit untergraben würde, oder wenn sich dieses Element derart entwickeln würde, daß es den Ertrag der Unternehmungen bedrohen könnte, so daß das Interesse an Unternehmungen aufhören würde. Redner hat keine ernsten Befürchtungen, daß dies eintreten könnte, weil jene größere neue Belastung der Produktion keine drei Prozent der Produktionskosten übersteigt, sondern drei Prozent des Lohnes.

Der Berichterstatter habe bereits auf die Folgen des Dawesabkommens aufmerksam gemacht. Damit Deutschland ein derart gewaltiges Uebergewicht in der Handelsbilanz erlangt, müßte es dieses Uebergewicht in der Konkurrenz mit der ganzen Welt gewinnen, und darin erblickt Redner die größte Gefahr. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwingungen würden die Sozialversicherung nicht untergraben, mit Aenderung der Valuta oder Währung müßte aber der ganze Bau bedroht sein und es wäre eine Aenderung des Gesetzes erzwungenermaßen notwendig. Daher erwuchs durch Einordnung der Sozialversicherung in unsere Volkswirtschaft und in die soziale Struktur ein neues Argument für die Währungsstabilisierung, damit wir das gerechte Verhältnis bewahren, das die Sozialversicherung auferlegt. Unser Gesamturteil über die Sozialversicherung ist, sagt Redner, positiv. Unsere Forderungen sind noch nicht alle erfüllt, er hoffe aber in die Zukunft.

Die Sozialversicherung sei ein Schulbeispiel für jeden zu begreifen, daß ihre Einführung alle Gesellschaftsklassen gegenseitig verbindet. Sie schmiede uns alle in einen großen wirtschaftlichen und sozialen Körper, Deutsche und Tschechen, Katholiken und Protestanten. Man baue mit ihr ein übernationales Gebäude und viele Herren seien sich vielleicht nicht einmal dessen bewußt, wie wir durch die Sozialversicherung uns gegenseitig umfangen, wie hier ein Druck für die Einheit des Staates zu wirken beginne, und gerade darin liege die große staatspolitische Bedeutung der Sozialversicherung. Aber auch wenn der Staat aus dieser Maßnahme eine neue Amalgamierung schöpfe, hänge andererseits der ganze Sozialversicherungsbau gerade vom Staate ab. Der Staat sei die beste Sicherung der Sozialversicherung, denn er sei das Rückgrat unserer ganzen volkswirtschaftlichen und sozialen Struktur.

Kaiser (Bd. d. Landw.) erklärt: Wäre die Kriegsanleihe gerecht eingelöst worden, könnten und würden wir mit ganz anderen Gefühlen die Vorlage behandeln. Es entspricht aber weder dem Stande eines sozialen Ausgleiches noch der Gerechtigkeit, daß die Regierung mit einer Hand tausenden Landwirten, Gewerbetreibenden usw. ihr Vermögen durch Nicht-Einlösung der Kriegsanleihe konfisziert, mit der andern Hand diese Kreise zu Leistungen von Versicherungsbeiträgen heranzieht. Redners Partei sei nicht gegen die Sozialversicherung, sie sollte aber zu einem Zeitpunkt eingeführt werden, wo gesicherte Verhältnisse herrschen. Weil dies aber heute nicht der Fall ist, könne sie für die Vorlage nicht stimmen.

Resumee der Debatte.

Genosse **Beutel** führt Klage darüber, daß die Einheitskasse gefallen, die Selbstverwaltung fast vollständig beseitigt und die Krankenversicherung verschlechtert ist. Und das alles lediglich aus politischen Gründen. Charakteristisch ist, daß

die Deutschnationalen hier den bekannten Kassenzersplitterern die Handlanger machen.

Statt einer einheitlichen, alle Zweige und Branchen umfassenden Sozialversicherung bleibt eine zersplitterte Teileinrichtung bestehen, bei der die Bedürfnisse der Bürokratie mehr Berücksichtigung finden als die der Arbeiter. Der neuen Organisation werden nicht nur die besten Risiken entzogen, sondern die Arbeiter werden sozialer Rechte förmlich beraubt durch die Abschaffung der dreizehn Lohnklassen, die Einführung einer Karenzfrist, durch die Bestimmung, daß bei einer 14tägigen Erkrankung das Krankengeld an Sonntagen nicht ausgezahlt wird. Die Wünsche des Unternehmertums haben in der Vorlage weit mehr Berücksichtigung gefunden, als die der Arbeitnehmer. Eine große Enttäuschung für die Letzteren wird es sein, daß die Arbeitslosenversicherung nicht in den Rahmen der Sozialversicherung aufgenommen wurde.

Aus der bisherigen Debatte ist eines mit aller Klarheit hervorgegangen, daß das deutsche Bürgertum, soweit es repräsentiert wird durch

die Deutschnationalen, die deutschen Agrarier und die Deutschdemokraten, offene Feinde aller sozialpolitischen Bestrebungen

der Arbeiterschaft sind. Sie haben dieser ihrer Auffassung auch in mehr oder minder versteckter Form anläßlich der Beratung der Sozialversicherung im Ausschusse, insbesondere aber im Plenum Ausdruck gegeben. Wer sich der Täuschung hingegeben hat, daß das deutsche Bürgertum unter den vollständig geänderten Verhältnissen auch seine Einstellung zur deutschen Arbeiterschaft revidieren wird, der hat nicht mit dem eingewurzelten Haß des deutschen Bürgertums, das der Repräsentant des deutschen Kapitalismus in diesem Staate ist, gerechnet. Ihre Programme haben sie wohl demokratisiert, die sozialpolitischen Forderungen der Gegenwart angepaßt, in ihren Handlungen aber sind sie die alten Reaktionäre geblieben und es steckt ein Körnchen Wahrheit darin, wenn Dr. Kramař darauf hinweisen kann, daß die tschechische Industrie, das tschechische Bürgertum auch heute noch viel mehr Verständnis für die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft an den Tag legt, als es bei den Deutschen der Fall ist.

Aber auch

im tschechischen Bürgertum ist eine gewaltige Wandlung vor sich gegangen.

Das tschechische Bürgertum hat im alten Oesterreich wiederholt mit der Arbeiterschaft aller Zungen für die Forderungen der Arbeiterschaft politischer und sozialer Natur aktiv gekämpft. Sie waren im alten Oesterreich Demokraten und sind im alten Oesterreich für die Bedürfnisse des Volkes eingetreten. So sind sie für das allgemeine Wahlrecht, so ist ein Teil von ihnen für die Sozialversicherung eingetreten. So sind die Vertreter aller tschechischen Parteien bei der Beratung des Pensionsversicherungsgesetzes für die Privatangestellten nicht nur für alle sozialen Forderungen, die damals von unserer Partei vertreten wurden, eingetreten, sie haben auch mit aller Vehemenz der Selbstverwaltung durch die Versicherten das Wort gesprochen, sie haben nationale Sicherungen erkämpft und sie sind mit aller Entschiedenheit gegen das Streben nach Bürokratisierung der Institute eingetreten. Die Bürgerlichen haben bei der Beratung der gegenwärtigen Vorlage alles daran gesetzt, um eine ganz gewaltige Verschlechterung der Vorlage in organisatorischer Beziehung herbeizuführen. Sie, die für die uneingeschränkte Selbstverwaltung im alten Oesterreich eingetreten sind, sie haben alles daran gesetzt, um eine Zersplitterung der Versicherung herbeizuführen, sie, die die staatliche Bürokratie im alten Oesterreich bekämpft haben, haben mit Erfolg versucht,

den Einfluß der Bürokratie auf die Sozialversicherungsinstitute ganz gewaltig zu steigern. Entgegen ihrer früheren Haltung haben sie auch alles daran gesetzt, um die Leistungen der Sozialversicherung herabzusetzen. Ihrer Zähigkeit, ihrer Energie ist es zuzuschreiben, daß heute die Sozialversicherungsvorlage die Leistungen in der Krankenversicherung gegenüber dem bisherigen Zustand ganz wesentlich herabsetzt. Ihren Bemühungen ist es gelungen, die Auszahlung des Krankengeldes nur für 6 Tage durchzusetzen, die Unterstützung an schwangere Frauen der Mitglieder zu eliminieren, die absolute Karenz aufrechtzuerhalten. Ihnen hat es die Arbeiterschaft zu danken, daß die Leistungen der Sozialversicherung weit unter das Ausmaß dessen, was die Fachkommission ursprünglich als Minimum in Aussicht genommen hat, herabgesetzt wurde.

Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß die

Vertreter unserer tschechischen Bruderpartei innerhalb der Koalition von allem Anfang an einen schweren Kampf zu bestehen

hatten. Nicht nur, daß die bürgerlichen Parteien innerhalb der Koalition alles daran gesetzt haben, um die Sozialversicherung zu verhindern, zumindest aber die Beratung zu verzögern, unter allen Umständen aber die materiellen und idealen Leistungen der Sozialversicherung auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Es war auch die zweite sozialistische Partei in der Koalition kein allzu verläßlicher Partner. Insbesondere in der Frage der Einheitskassa haben die Nationalsozialisten, persönlichen Interessen im eigenen Lager Rechnung tragend, nicht allzusehr ihren Mann gestellt. Trotzdem glauben wir, mit vollem Recht den Verfasser des Entwurfes, Dr. Winter, den Vorwurf nicht ersparen zu können, daß er bei der Abfassung des Entwurfes von ganz falschen Prämissen ausgegangen ist. Er ist von der Auffassung ausgegangen, die sich durch die Erfahrung als vollständig falsch erwiesen hat, daß die Aufgabe der Fachkommission darin bestehe, eine Vorlage auszuarbeiten, in welcher zwischen den beiden in Betracht kommenden Gruppen, der Arbeiterschaft und dem Bürgertum, der Mittelweg eingeschlagen wird. Entgegen allen Abmachungen in der Koalition sind die bürgerlichen Parteien von allem Anfang an gegen alle Bestimmungen Sturm gelaufen, die die Einheitskasse betroffen haben, ihnen war von Anbeginn an die ganz gewaltig eingeengte Selbstverwaltung ein Dorn im Auge und sie haben auch den ganz gewaltigen Einfluß, der schon der Bürokratie im alten Entwurf eingeräumt war, als ungenügend angesehen. Wenn man die gegenwärtige Vorlage mit dem ursprünglichen Entwurf der Fachkommission vergleicht, dann muß jeder objektive Kritiker zu der Ansicht gelangen, daß eine ganz bedeutende Verschlechterung gegenüber dem ursprünglichen, keineswegs den Bedürfnissen der Arbeiterschaft voll Rechnung tragenden Entwurf, eingetreten ist.

Dieser Auffassung haben seinerzeit nicht nur wir, sondern auch die tschechischen Sozialdemokraten Ausdruck gegeben.

Wir erinnern nur an die Artikel im „Pravo Lidu" vom Juni und Juli des Vorjahres, zu einem Zeitpunkt also, wo nur ein Teil der Verschlechterungen, die durch die Pětka innerhalb weniger Tage vorgenommen wurden, in Erscheinung getreten ist. Seither ist die Vorlage noch grundlegend verschlechtert worden. Wenn damals das Organ unserer tschechischen Bruderpartei ausgesprochen hat, daß die Verschlechterungen nicht ohne weiters in Kauf genommen werden und daß alles daran gesetzt werden muß, um die ursprüngliche Fassung wieder herbeizuführen, so ist die Kritik, die wir heute an der Vorlage zu üben gezwungen sind, mehr als gerechtfertigt. Aber auch die Entrüstung des Referenten über unser Verhalten hat einen ganz besonderen Beigeschmack, wenn man weiß, daß derselbe Referent, entrüstet über den Vorgang der Pětka im Vorjahre, sich den weiteren Verhandlungen entzogen hat. Wir haben im Interesse der Arbeiterschaft uns veranlaßt gesehen, alle unsere Einwendungen gegenüber der Vorlage vorzubringen; wenn wir auch wissen, daß nach den parlamentarischen Usancen der Tschechoslowakei eine Aenderung der Vorlage kaum mehr möglich sein wird. Wir haben uns bei der Abfassung unserer Anträge lediglich von dem Gesichtspunkte aus leiten lassen, das Mögliche und Durchführbare in diesen Anträgen niederzulegen.

Wir sind nicht gewillt, demagogische Anträge, die von gewisser Seite gestellt werden und deren Realisierung für absehbare Zeiten nicht im Bereich der Möglichkeit liegt, die nur darauf angelegt sind, die Bevölkerung zu täuschen, zu unterstützen. Wir werden gegen alle derartigen Anträge von rechts und links stimmen. Unser Klub wird für alle Paragraphe der Vorlage, zu denen wir keine Verbesserungsanträge gestellt haben, gleich in der ersten Lesung stimmen, wir werden gegen jene Paragraphe stimmen, bei denen unsere Abänderungsanträge nicht berücksichtigt wurden und wir werden in der zweiten Lesung für die Vorlage eintreten, wenn nicht in letzter Stunde wesentliche Verschlechterungen der Vorlage beschlossen werden sollten.

Wir betrachten aber diese Vorlage nur als eine Abschlagszahlung auf die Forderung der Arbeiterschaft hinsichtlich der Gestaltung der Sozialversicherung und wir werden, gestützt auf die Entschlossenheit und den Willen der Arbeiterschaft alles daran setzen, um die Sozialversicherung so aus- und umzugestalten, wie es den Bedürfnissen der breiten Massen des Volkes entspricht.

*

Böhr (d. Christ.-Soz.): Unsere Pflicht ist es, sich einzusetzen für eine allgemeine Sozialversicherung und deshalb werden wir für die dahin zielenden Abänderungsanträge stimmen und deren Annahme empfehlen. Die Vorlage hat zahlreiche und große Mängel, die uns die Freude an ihr vergällen. Wir werden aber den Tag begrüßen, wo auch der wirtschaftlich Schwache vor Hunger und Not gesichert bleibt und deshalb werden wir bei der zweiten Lesung unsere Stimme für die Vorlage abgeben.

Patzel (d. Nat.-Soz.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Dubicky und Abg. Dr. Kramař. Redners Partei halte alle im Ausschusse gestellten Abänderungsanträge aufrecht, wenn sie auch nicht erwarten kann, daß das Plenum dieselben annehmen wird. In der zweiten Lesung werde sein Klub für die Vorlage stimmen.

Dr. **Radda** (d. Nat.) erklärt gegenüber den gestrigen Ausführungen des Abg. Patzel, die deutsche Nationalpartei wolle eine gerechte Sozialversicherung, bestreite aber, daß diese Vorlage dieser Forderung entspreche. Sie fürchte, daß das nationalpolitische Uebel bei diesem Gesetze größer sein werde, als das sozialpolitische Almosen, das für die deutschen Arbeiter abfallen wird. Sie halte die Vorlage für verbesserungsbedürftig, würde ihr aber trotzdem zustimmen, wenn sie nicht durch ihren tschechisch-zentralistischen Aufbau aus nationalen Gründen unannehmbar wäre.

Die Bergarbeiterverbände zur Teuerung.

Die koalierten Bergarbeiterverbände berieten in einer Sitzung vom 18. ds. über die unhaltbaren Lebensverhältnisse in den Kohlenrevieren, wie sie sich infolge der horrenden Preissteigerung der Lebensmittel zeigen. Die Bergarbeiter, welche eine abermalige bedeutende Herabsetzung ihrer Löhne zulassen mußten, um eine Herabsetzung der Kohlenpreise zu ermöglichen, haben nicht nur keine von der Regierung in den Gewerken versprochene allgemeine Herabsetzung der Preise der Lebensbedürfnisse erlebt, womit die Herabsetzung der Löhne ausgeglichen werden sollte, sondern im Gegenteil wurde durch die horrende Steigerung der Lebensmittelpreise, wie sie insbesondere in der letzten Zeit in Erscheinung tritt, ihr Lebensniveau weit unter das Vorkriegsmaß herabgedrückt. Dazu leidet die Arbeiterschaft noch sehr durch die Kurzarbeit.

Aus diesem Grunde haben die koalierten Bergarbeiterverbände beschlossen, den Verband der Grubenbesitzer zu ersuchen, an einer gemeinsamen Beratung teilzunehmen, die spätestens im Laufe der nächsten Woche stattfinden und sich mit der Regelung der Löhne beschäftigen soll, durch welche die infolge der Herabsetzung der Löhne und der Erhöhung der Lebensmittelpreise entstandenen Unterschiede ausgeglichen würden. Das Ergebnis dieser Aktion wird bereits der Konferenz der Bergarbeiter vorgelegt werden, welche die Entscheidung für das weitere Vorgehen fassen wird. Die Uebergabe an den Verband der Bergwerksbesitzer erfolgt heute.

„Einige konservativ eingestellte Führer".

So werden Kreibich und Smeral von dem Großsiegelbewahrer des Moskauer Synods, Sinowjew, betitelt, der in einem im Reichenberger „Vorwärts" veröffentlichten Artikel nun in die Diskussion innerhalb der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei eingreift. Sinowjew fürchtet wohl, die Diskussion könnte zu Ungunsten des unverfälscht bolschewistischen Flügels der Partei ausfallen, darum beeilt er sich, das Gewicht seiner Persönlichkeit in die Wagschale seiner Allergetreuesten zu werfen. Seine „Polemik" ist ein Versuch, die kommunistischen Arbeiter gegen ihre Führer aufzuhetzen. Es sei nicht das erstemal, sagt er, daß „wir" — Sinowjew spricht von sich nur im Pluralis majestaticus — auf Widerstand „einiger konservativ eingestellter Führer gestoßen sind". Doch er ist, da er ja die Hand auf den russischen Rubelsäcken hält, überzeugt, es werde für die Kommunistische Internationale alles „auch dieses Mal durchaus günstig" ausgehen:

„Die tschechoslowakischen kommunistischen Arbeiter werden in ihrer erdrückenden Mehrheit auf Seiten der Kommunistischen Internationale stehen und jene ihrer Führer, die sich dagegen sträuben, zwingen, nicht in Worten, sondern in der Tat den durch den V. Weltkongreß bezeichneten Weg zu gehen."

Es wäre noch abzuwarten, ob Sinwjew oder Smeral und Kreibich im Namen der „erdrückenden Mehrheit" der Arbeiter der KPC. zu sprechen berechtigt ist, doch zu einer dramatischen Steigerung wird sich das Spiel nicht erheben, da der Daumen auf dem Geldbeutel genügen wird, um die widerspenstigen Führer zum Nachgeben zu zwingen. Herrn Sinowjew ist gar nicht bange, er wird die Kreibichs, auch wenn sie noch so ruppig tun, schon kleinkriegen. Vorerst versucht er es mit dem Anschreien. Kreibich hat den Moskauer Selbstherrschern mit einer „Krise" in der KPC. gedroht, darauf sagt ihm Sinowjew:

„Der Artikel des Genossen Kreibich ist unseres Dafürhaltens ein Muster persönlicher Gereiztheit und Kleinlichkeit. **Völliges Fehlen jeglichen positiven Programms, keinerlei Klarheit der politischen Perspektive,** dafür aber Schmollen und Versuche, den gesamten Streit auf das Gebiet der Frage des persönlichen Vertrauens hinüberzutragen."

Dem Nebbich werd' ich's einmal hineinsagen, nahm sich Sinowjew vor und er ging mit Kreibich wie folgt zu Gericht:

„Das Messer an die Kehle setzend, fordert Genosse Kreibich, daß man ihm sage, ob er Opportunist sei oder nicht, ob wir ihn zum rechten Flügel der Kommunistischen Internationale zählen oder nicht. Wir sind bereit, diese beharrliche Forderung des Genossen Kreibich zu erfüllen. **Ja, wir zählen ihn und seine nächsten Gesinnungsgenossen zu den opportunistisch eingestellten Genossen, die gegenwärtig den rechten Flügel der Kommunistischen Internationale bilden oder zu bilden versuchen.** Was den Genossen Kreibich persönlich betrifft, so ist die Frage nicht übermäßig tragisch zu nehmen. Wir können uns erinnern, wie Genosse Kreibich sich noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit zu den „Ultralinken" zählte. **Verhältnismäßig leicht** ließ sich Genosse Kreibich überzeugen, daß die „ultralinken" Torheiten aufgegeben werden müssen. Wir hoffen, daß Genosse Kreibich auch jetzt nicht hartnäckig sein, sondern die rechten Torheiten bald aufgeben und dann in einem gewissen Grade gegen Abweichungen immun sein wird. Wir hoffen, daß auch andere rechte Führer der tschechoslowakischen Partei ihren Fehler begreifen werden."

Die Knaben, die beim Kegelspiel zum Aufstellen der Kegel verwendet werden, pflegt man gemeinhin freundlicher zu behandeln, als es hier Sinowjew mit Kreibich tut. Solange der letztere der sozialdemokratischen Partei angehörte, war ihm nichts demokratisch genug und es war ihm darinnen nicht genug Ellbogenfreiheit, jetzt muß er sich zum Gaudium seiner Freunde wie ein mißratener Schuljunge abkanzeln lassen. Was Sinowjew von ihm sagt, das ist nichts weniger, als daß er eine Wetterfahne, ein Mensch ist, dessen Grundsätze nicht sehr tief sitzen, der, wenn er eine Ueberzeugung hat, sich „verhältnismäßig leicht" vom Gegenteil überzeugen läßt. Für die kommunistischen Arbeiter ist es eine besondere Empfehlung ihres Führers, wenn Sinowjew von ihm behauptet, er sei „vor verhältnismäßig kurzer Zeit" noch ein „Ultraradikaler" gewesen, habe dann „verhältnismäßig leicht" zu „rechten Abweichungen" sich entschlossen und werde wohl auch die „rechten Torheiten" bald aufgeben. Der Herr Chef geht mit seinen Angestellten wahrhaftig nicht glimpflich um. Die Kreibich gewidmete Lektion richtet sich auch an „andere rechte Führer der tschechoslowakischen Partei", die nun wissen werden, was sie zu tun haben.

Sinowjew ermangelt auch nicht, zu erklären, welches Vertrauen er zu den Kreibich und Genossen hat. Ob diese die Beschlüsse des V. Weltkongresses durchführen wollen oder nicht, das sage Kreibich nicht offen: „Darin liegt seine Diplomatie". Und Sinowjew grollt:

28

Der sibirische Expreß.

Roman von Frank Heller.

Copyrigt by G. Müller, München.

Fleisch dreihundert Mark das Kilo, Mehl hundertfünfzig Mark, Eier fünfundzwanzig Mark das Stück, Butter siebenhundert Mark das Kilo." —

„Das ist nicht wahr! Das ist Lüge, grobe Lüge!"

„Das ist taghelle Wahrheit, merken Sie wohl: des heutigen Tages, nicht des morgigen. Morgen kostet das Fleisch vierhundert, das Mehl zweihundert und die Butter achthundert. Um so besser!"

„Nein — das ist unmöglich, unmöglich! Wie sollten die Leute solche Preise bezahlen können?"

„Das können die Leute auch nicht."

„Dann hungert man also?"

„Ziemlich viele Leute hungern heute. Morgen noch mehr. In einigen Monaten hungern alle miteinander."

„Aber warum? Wie kann das möglich sein? Wie kann man das zulassen? Sagen Sie mir: wie kann das möglich sein?"

Der Sammetmann sah seinen Nachbar mit wirklichen Interesse an.

„Mein bester Herr" sagte er, „Sie sagen, daß Sie auf Reisen gewesen sind. Sollten sich Ihre Reisen so weit erstreckt haben, daß Sie nichts vom Kriege gehört haben?"

„Vom Krieg? Ah, das ist der Krieg?"

„Ja, das ist der Krieg. Aber nicht der Krieg mit Kanonen. Der ist aus. Das ist der Krieg nach dem Kriege, den man auch den Frieden nennt."

Der Mann aus der Sandhöhle bereitete seinem Nachbar eine Ueberraschung. Er fuhr aus dem Sande in die Höhe und begann auf allen vieren Rad zu schlagen, Rad zu schlagen, so daß der Sand wie Hagel über die Sammetjacke und seine Zeitung prasselte. Endlich sank er auf seinem Platze nieder.

„Was ist das für eine Welt, in die ich da hinausgekommen bin?" rief er. „Ist der Friede wirklich so?"

Der Sammetmann beobachtete ihn sichtlich belustigt.

„Mein lieber Freund", sagte er, „haben Sie nie von den Schweineschlächtern in Chicago gehört? Wissen Sie, was man von ihnen sagt?"

„Nein."

„Man sagt, daß sie alles vom Schwein verwerten bis auf das Todesgeheul."

„Ich verstehe Sie nicht."

„Ich meine, daß der amerikanische Kapitalismus im Begriffe ist, den europäischen abzuschlachten und daß er alles verwerten kann, außer das protestierende Todesgeheul."

„Ich be—"

„Während des Krieges", sadte der Sammetmann, der offenbar ein geborener Prediger war, „während des Krieges borgte sich ganz Europa Gold in Amerika. Es muß in Gold zurückbezahlen. Aber wo bekommt man Gold? Nach dem Kriege bekommt man es nur in Amerika. Folglich kostet das Gold genau, was Amerika will! Das ist nicht Wucher, das ist kapitalistische Friedenspolitik. Folglich kostet ein Dollar in Gold dreizehn Franken in Frankreich, fünfundzwanzig Lire in Italien und elfhundert Mark in Deutschland, da Deutschland den ganzen Krieg für die anderen bezahlen muß! Wenn Amerika nachgäbe, könnten die anderen nachgeben, aber Amerika gibt nicht nach. Amerika will sein Pfund Fleisch haben. Amerika hat einen großen Vorrat auf viele Jahre, mit Zinsen und Zinseszinsen! Hahaha! Wer hat doch gesagt: Du Narr, du hast einen großen Vorrat auf viele Jahre — aber in dieser Nacht, du Narr, oder vielleicht morgen nachts, wird man dein Gold und deine Seele von dir fordern — hahahaha! Das Todesgeheul widerhallt aus dem ganzen europäischen Schweinestall, aber Chicago kan alles verwerten, bis auf das Todesgeheul! Um so besser."

„Hungern alle Menschen in Europa?" fragte der Mann aus der Sandhöhle und warf einen scheuen Blick auf sein letztes Butterbrot.

„Bis auf weiteres nur zwei- oder dreihundert Milionen, die im Kanonenkrieg besiegt wurden. Aber die anderen kommen bald nach! Sehr bald. Ihr Otterngezüchte, hattet ihr gehofft, dem künftigen Zorn zu entgehen? Niemand wird ihm entgehen, keine! Europa ist fertig. Fünfter Akt, letzte Szene. Niemand baut neue Stockwerke auf eine alte Baracke. Das Haus muß eingerissen werden, das besorgt Amerika jetzt. Dann muß es verbrannt werden, das wird Europa selbst besorgen. Wenn das geschehen ist, dann ist die Zeit für Rußland gekommen."

„Sprechen Sie weiter! Erklären Sie!"

Der Mann aus der Sandhöhle verschlang jedes Wort.

„Sprechen Sie weiter. Ich bin so unwissend. Was sagten Sie da von Rußland?"

„Rußland ist der Retter der Welt", sagte der Sametmann „Rußland hat sein eigenes Haus eingerissen, verbrannt und wieder aufgebaut. Rußland hat eine andere Freiheit und Gerechtigkeit geschaffen, als die der Kapitalisten."

Er redete und redete. Der Mann aus der Sandhöhle hörte mit leuchtenden Augen zu.

„Das ist das Größte, was ich je gehört habe. Ich will nach Rußland!"

„Ist nicht nötig. Rußland kommt zu Ihnen. Freu dich, Korasin, und freue dich, Betsaida! Bald, sehr bald kommt Rußland, um euch zu befreien. Woran leidet Europa? Unter der Sklaverei des Goldes, nichts anderem. Das Gold ist die Quelle alles Uebels. Man nehme das Gold weg und die Welt ist frei. Das ist es, was Rußland für die Welt tun will, und es würde im Handumdrehen gehen, wenn Rußland nur selbst mehr Gold hätte! In dieser besessenen Welt braucht man Beelzebub, um den Teufel auszutreiben. Hätten wir nur einige Millionen —" Er sah so brennend auf die Danziger Bucht, als dächte er an die Goldmenge, die das Meerwasser enthält. Sein Nachbar war zu seiner Höhle zurückgeeilt und grub aus Leibeskräften im Sande.

„Sehen Sie her!" rief er. „Nehmen Sie das hier! Es ist nicht viel und ich bin ein armer unwissender Kerl, aber ich glaube an Sie, Sie haben mir etwas anderes gezeigt, als all das übrige, das ich gesehen habe, seit ich heraus — ich meine, seit ich heim kam. Mir begann schon vor mir selbst bange zu werden. Die Welt war so sonderbar: ich glaubte, ich sei in ein Narrenhaus geraten. Sie haben mich getröstet. Wollen Sie das hier nehmen? Es ist nicht viel, aber ich habe mehr. Wenn Sie mir helfen wollen, das übrige zu holen, soll es dazu verwendet werden, die Menschen zu befreien. Zuerst in Europa — aber warum nicht auch in Amerika? Sie können ja nichts dafür, daß sie so sind, wie sie sind. Das ist, weil sie in den Schulen von alten Fräulein erzogen worden sind. Es gibt nichts, was die Menschen in dem Grade verdirbt, wie eine solche Erziehung."

Der Mann in der Sammetjacke nahm den Stoffbeutel, der ihm gereicht wurde, gleichgültig entgegen. Er streifte die Banknoten weg, die obenauf lagen, und sah ein Bild, das er nicht erwartet hatte: Gold. Das Gold, das er verflucht und zu besitzen gewünscht hatte. Wie viel? das war schwer zu sagen, vielleicht ein paar tausend Mark, aber Gold war es, unbestreitbar. Mit verschleierten Augen sah er das Stoffsäckchen an. Es dauerte einige Zeit, bis er Worte fand, und als er sprach, war seine Stimme nicht so scharf wie vorhin, als er das Gold verwünscht hatte.

(Fortsetzung folgt.)

„Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß auf dem bevorstehenden Parteitag Genosse Kreibich oder jemand anderer von seinen nächsten Gesinnungsgenossen, wie das schon wiederholt geschehen ist, eine Resolution unterbreiten wird, in der sie erklären werden, daß sie die Resolutionen des V. Weltkongresses „annehmen", aber mit irgend einem kleinen fauten Vorbehalt. So ist eben die Manier der „kommunistischen" Opportunisten."

Daß Sinowjew von der kommunistischen Gesinnung Kreibichs und seiner Freunde nur mehr unter Anwendung von Gänsefüßchen spricht, ist eine Pikanterie für sich. Nachdem der Moskauer Oberbonze in zehn Punkten formuliert, was die Führer der KPC. künftig zur „Bolschewisierung" der Partei zu tun haben, tut er Kreibichs Drohung mit einer Handbewegung ab:

„Uns dünkt, daß Genosse Kreibich uns vergeblich mit einer „Krise" der Partei schrecken will. Erstens gibt es auch Krisen, deren Folgen für die Partei wohltätig sind. (Man versteht den zarten Wink mit dem Zaunpfahl. Anm. d. Red.) . . . Zweitens aber glauben wir, haben die tschechoslowakischen kommunistischen Arbeiter gar keinen Grund, den politischen Katzenjammer, dessen Gepräge der erwähnte Artikel des Genossen (Kreibich) trägt, zu teilen. Die gewaltige Mehrheit der tschechoslowakischen kommunistischen Arbeiter wird, wie wir überzeugt sind, mit voller Aufrichtigkeit, ohne jede Vorbehalte entgegen dem Genossen Kreibich für die Linie des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale Stellung nehmen. Und dadurch wird die „Krise" überwunden sein."

Aber damit Kreibich und Smeral keinen Augenblick mißverstehen, wie sich Sinowjew die „Ueberwindung der Krise" vorstellt, sagt er:

„Nun noch ein paar Worte über den Genossen Smeral. Wir wissen nicht, ob Genosse Smeral in der letzten Zeit mit einer Darlegung seiner Auffassung über die gegenwärtige innerparteiliche Lage hervorgetreten ist. Wir wenigstens fanden nirgends solche Aeußerungen seinerseits. In dem in Frage stehenden Artikel, der alle Aussicht hat, eine traurige Berühmtheit zu erlangen, versucht Genosse Kreibich gleichsam auch im Namen des Genossen Smeral zu sprechen, mit dessen Namen „das alte Spiel eingestellt" werden soll. Wir wissen nicht, ob Genosse Smeral den Genossen Kreibich zu dieser Erklärung bevollmächtigt hat . . . Wir anerkennen die sehr starken Seiten des Genossen Smeral. Wir sind der Ansicht, daß er als politischer Führer auch im zukünftigen Zentralkomitee der KPC. absolut notwendig ist. Wir verheimlichen uns aber auch nicht die schwachen Seiten seiner Tätigkeit. Wir verlangen, daß Genosse Smeral in den durch den V. Weltkongreß aufgerollten und entschiedenen Fragen einen bestimmten Standpunkt einnimmt. Wir sind jedenfalls überzeugt, daß die tschechoslowakischen kommunistischen Arbeiter **genügend Kräfte in ihrer Mitte finden werden, um ein Zentralkomitee zu schaffen, das seiner Aufgabe gewachsen sein wird.** Vergeblich stellt Genosse Kreibich in seinem Artikel die pathetische Frage: „Sind wir Führer allein schuld an den Mängeln der Partei oder ist auch die Partei selbst schuld." Jeder Kommunist weiß, daß **jede Kommunistische Partei ein Zentralkomitee hat, wie sie es verdient."**

So und nun mögen Kreibich und Smeral weiter „Führer" spielen. Sinowjew hat die Aermsten so zerfetzt, daß kein Hund mehr von ihnen einen Knochen nehmen dürfte. Es bleibt noch abzuwarten, ob Kreibich und Smeral in das ihnen hingehaltene Joch kriechen werden.

Immunitätsausschuß des Abgeordnetenhauses. In der heutigen Sitzung wurde die Nichtauslieferung der Abg. Kubal in einer Angelegenheit, des Abg. Kurtak in drei Angelegenheiten und des Abg. Mondok in einer Angelegenheit beschlossen. Ausgeliefert wurden wegen Ehrenbeleidigung die Abg. Ondráček und Tausig, ferner über ihr eigenes Ansuchen die Abg. Kaderka und Myslivec. Eine größere Debatte ergab sich bei der Immunitätsangelegenheit des Abg. Dr. Körmendy. Der Referent, Abg. Votruba, beantragte die Auslieferung wegen einer gegen die Regierung gerichteten beleidigenden Aeußerung, die Abg. Körmendy in einer Versammlung in der Slowakei machte. Abg. Genosse Haas wandte sich gegen diesen Antrag. Gegen den Antrag Dr. Haas sprach der tschechische Sozialdemokrat Hvizdal, während sich für die Nichtauslieferung der Abg. Roušek und der tschechische Sozialdemokrat Koneční aussprach. Bei der Abstimmung wurde dem Antrag Dr. Haas mit 6 gegen 5 Stimmen Folge gegeben.

Die nächste Sitzung des Senats findet am Dienstag, den 23. September um 6 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung steht die Aufhebung der bisherigen Vorschriften über die Militärtaxe. Vor der Plenarsitzung findet eine Klubobmännerkonferenz statt.

Die Kommunisten und die Genossenschaften.

Die Genossenschaftsbewegung hat in allen Ländern noch ihre Einheit und Geschlossenheit bewahrt. Während die Kommunisten durch die Gründung ihrer Partei sich von den sozialistischen Parteien Massen losrissen und die Arbeiterklasse so politisch schwächten, während sie in den Gewerkschaften seit Jahren ihre unheilvolle Wühlarbeit betreiben, zum Teil Spaltungen durchgeführt, ihre rote Gewerkschaftsinternationale aufgerichtet haben, waren die Genossenschaften von einer ähnlichen Tätigkeit der Kommunisten im Großen und Ganzen bisher verschont. Nun hat die kommunistische Internationale auch eine Genossenschafts-Sektion gebildet, deren Aufgabe es ist, ähnlich wie in allen Gewerkschaften Europas Zellen zu bauen, die Genossenschaften für die Eroberung durch die kommunistische Partei sturmreif zu machen. Jetzt geht es über die Genossenschaftsfunktionäre so her, wie seit Jahren über die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften. Sie werden als „Sozialverräter" beschimpft. Auch alle übrigen Titulaturen, die wir längst kennen, werden nun auch den Genossenschaftsfunktionären zugedacht. Erst vor einigen Tagen ist die „Kooperativsektion der Komintern in Moskau in einem langatmigen Leitartikel des Reichenberger „Vorwärts" aus Anlaß des Genter internationalen Genossenschaftskongresses vornehmlich gegen den Internationalen Genossenschaftsbund losgezogen und als gelehriger Schüler der Moskauer konnte der „Vorwärts"-Berichterstatter in Gent einige Tage später melden, daß man dort fast nur die typischen Bürokratengesichter von Geschäftsführern und Zentralkonzen sieht, ausgenommen (natürlich!) bei der sowjetistischen Delegation.

In Deutschland hat man das Treiben der Sowjetjünger in den Genossenschaften längst durchschaut und es ist wiederholt zu lebhaften Auseinandersetzungen mit ihnen gekommen. Auf dem kürzlich stattgefundenen Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Ulm sprach der Hamburger Genossenschafter August Kasch über den Mißbrauch der Genossenschaften durch die Kommunisten und rechnete mit ihnen gründlich ab. Man wisse, so führte er u. a. aus, daß die Kommunisten zwei Gesichter hätten, eins für die genossenschaftlichen Tagungen, ein anderes für die Massen draußen. Die kommunistische Propaganda laufe in der Hauptsache auf Lärm hinaus, der an Autohupen und Grammophone erinnere. Man schreie, ohne zu bedenken, daß es auf den Inhalt, nicht auf die Stärke des Geschreies ankomme.

Die ganze Agitation sei unehrlich, Wort und Tat verhielten sich wie Feuer und Wasser, und alle Dinge dienten nur als unsaubere Mittel zu dem unlauteren Zweck, im politischen Interesse alles in den Kot zu zerren, was bisher wirklich unter Einsetzung des ganzen Ich der Bewegung diente. Geradezu ekelhaft sei der ständige Appell an die Demokratie von Leuten, die grundsätzlich für den schroffsten Gegensatz von Demokratie, für Diktatur, einträten und öffentlich drohten, wenn sie ans Ruder kämen, die Andersdenkenden „an die Wand stellen zu wollen." Der Zentralverband werde im Gegensatze zur russisch geeichten, maschinengewehr- und handgranatengeschützten Diktatur an der genossenschaftlichen Demokratie festhalten und sie mit allen Mitteln verteidigen. An sich sei er stark genug, jene Dinge zu ertragen. Was ihn zwinge, mit der Geduld Schluß zu machen, das seien die auf Moskauer Befehl planmäßig unternommenen Versuche, seine Genossenschaften vom Boden der parteipolitischen Neutralität abzudrängen und sie zu unselbständigen, willenlosen Instrumenten der kommunistischen Partei zu machen. Das sei ein Verbrechen an der Bewegung, das ihre Existenz, ihr Leben buchstäblich bedrohe.

Die Gegner hätten die Macht und würden sie rücksichtslos ausnutzen, zumal ihnen die Kommunisten die Handhaben geradezu auf dem Präsentierteller darbrächten. Erfreulicherweise hätten die Kommunisten dafür gesorgt, daß auch dem Gutmütigsten und Sorglosesten die Augen übergingen; sie hätten volle Erkenntnis der Gemeingefährlichkeit ihres Treibens geschaffen und mit der Empörung darüber auch das dringende Verlangen, daß endlich einmal Kehraus geblasen werde. Es herrsche nur noch eine Auffassung: Schluß mit diesem Treiben! Seit 1920 suche man planmäßig auf russischen Befehl russisch-kommunistische Grundsätze in die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung einzuschmuggeln und arbeite mit allen jenen Mitteln, die ein ehrlicher Mensch verabscheue: Lüge, Verleumdung, Heuchelei, Brutalität. Redner zeigte dann an einer Fülle unwiderleglichen kommunistischen Aktenmaterials, daß ganz offenkundig die feste Absicht vorliege, die Genossenschaftsbewegung parteipolitisch zu mißbrauchen.

Von allen grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, haben wir keine Lust, parteipolitischen Herostraten zuliebe unsere Organisation in die Luft gehen zu lassen. Das mag den Leuten leicht fallen, die nicht mitaufgebaut haben, die übergroße Masse derer, die mit am Werke tätig waren, denkt anders. Die Herrschaften, die nicht gehört haben, und nun fühlen müssen, reden von dem großen Verlust, der entstehen würde, wenn sie nicht mehr mitmachen würden. Der Verlust erinnert an die bekannte Annonce „Der ehrliche Finder wird gebeten, den Fund zu behalten." Der Verlust würde für uns höchstens eine Reinigung der Atmosphäre, eine Gesundung des Meinungskampfes, eine Beseitigung lästiger Störungen bedeuten. Wenn ein Geschwür den ganzen Organismus krank zu machen versucht, dann hilft eben nur ein kräftiger Schnitt. Keine wirtschaftliche Organisation kann und darf sich, bei Strafe des Unterganges, Elemente gefallen lassen, die planmäßig und bewußt gegen ihre Grundsätze und Satzungen freveln und ihre Existenz gefährden. Sie muß eines Tages sagen: „Entweder ihr unterordnet euch den Gesetzen der Organisation oder ihr werdet, wenn ihr nicht freiwillig geht, hinausgetan." Für uns ist dieser Zeitpunkt da.

Nicht nur aus diesen ganz eindeutigen Ausführungen Kaschs, sondern auch aus den sonstigen Verhandlungen auf dem Genossenschaftstag in Ulm ging hervor, daß die Geduld der deutschen Genossenschafter zu Ende ist und daß sie mit den Kommunisten reinen Tisch machen müssen.

Um die Methode zu kennzeichnen, deren sich Kommunisten bedienen, um ihren geringen Einfluß auf proletarischen Tagungen zu verstärken, sei eine Episode erwähnt, die sich auf dem Genossenschaftstage in Ulm zugetragen hat. Einer der ungebärdigsten oppositionellen Zwischenrufer wurde aufgefordert, seinen Namen zu nennen, der ganz anders lautete, als seine Stimmkarte, die den Namen Dr. Bittel trug. Er wurde aus der Verhandlung gewiesen, und bei dem Versuche, unter einem anderen Namen wieder einzuschleichen, ertappt. Kasch stellte fest, daß man bei Dr. Bittel solche Verhandlungstricks gewohnt sei . . . . Der so nicht gerade schmeichelhaft bezeichnete Dr. Bittel ist, nebenbei bemerkt, ein eifriger Mitarbeiter der in unserem Verbande deutscher Wirtschaftsgenossenschaften herausgegebenen „Konsumgenossenschaft" Vielleicht wenden unsere Genossenschaftsfunktionäre diesem Mitarbeiter etwas größere Aufmerksamkeit zu.

Telegramme.

Arbeitsaufnahme der Wiener Metallarbeiter.

Wien, 18. September. (Eigenbericht.) Heute fanden in sämtlichen größeren Betrieben der Metallindustrie Vollversammlungen der Arbeiter des Betriebes statt; in der überwiegenden Mehrheit der Versammlungen wurde dem Uebereinkommen mit den Unternehmern zugestimmt und beschlossen, morgen Freitag früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Teil der Arbeiter, die einen gegenteiligen Beschluß faßten, dürfte sich etwa um zehn Prozent bewegen. Eine Versammlung, die in einem Saale der Brigittenau abgehalten wurde, wurde von Kommunisten gestört, die betriebsfremd waren und Eintritt verlangten. Da er ihnen verwehrt wurde, gingen sie gewalttätig mit eisernen Stangen und Messern auf die Ordner los und verletzten vier von ihnen. Einer mußte von der Rettungsgesellschaft behandelt werden.

Die Unternehmer haben in ihrer Vollversammlung die Vereinbarungen angenommen. In den Stahl- und Hüttenwerken Oststeiermarks, wo nicht gestreikt wird, wird am 23. September verhandelt werden. Bis dahin werden Vorschüsse auf die Lohnerhöhungen ausgezahlt.

Geht Deutschland in den Völkerbund?

Berlin, 18. September. (Eigenbericht.) Wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst von einer gut unterrichteten amtlichen Stelle erfahren hat, ist die Stimmung für den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im Auswärtigen Amt sehr stark gewachsen. Es ist möglich, daß Deutschland einen bedingten Antrag zur Aufnahme in den Völkerbund stellen wird, der an die Voraussetzung zur gleichzeitigen Zulassung zum Völkerbundrat geknüpft ist. Die Aufnahme dieses Antrages wird allerdings davon abhängen, ob die Regierung andere Bedingungen an ihn knüpfen will. Insbesondere dürfte es überflüssig sein zu betonen, daß Deutschland kein Bekenntnis zur alleinigen Schuld am Kriege ablegen würde, denn das dürfte wohl von niemand verlangt werden.

Die Parmoor-Affäre.

Berlin, 18. September. (Eigenbericht.) Das Auswärtige Amt hat sich an den deutschen Botschafter in London mit dem Ersuchen gewendet, sich über die Affäre Parmoor-Stresemann zu äußern. Außerdem wurde die deutsche Gesandtschaft in Bern beauftragt, mit Lord Parmoor direkt Fühlung zu nehmen.

Die nassen Wände.

Von Else Feldmann.

Der vorige Samstag hatte eine merkwürdige Revolution in das Leben der jungen Beamtin gebracht.

Schon am Morgen, als sie erwachte, war es nicht wie an anderen Tagen. Es war auf einmal so ein Hoffnungsmorgen da. Sie konnte sich nicht erklären, was es war, aber ihr ganzes Fühlen und Sehnen, das bisher dumpf schlummernd in ihr lag, war plötzlich mit neuer Kraft zum Leben erweckt. Und in einem Anfall von Jugendrausch war sie auf einmal mit ihrem Los zufrieden; sie wollte gar nicht anders sein, als sie war; alles war gut so. Hineinsehen konnte man ja in keinen Menschen; wer weiß, was andere hatten, und sie hatte eben dieses Gebrechen.

Oft hatte sie gedacht: alles andere wäre ihr lieber gewesen, als gerade das; irgend eine andere Krankheit, ein Leiden — meinetwegen ein unheilbares — ein häßliches Gesicht, — irgend ein Fehler — ein fehlender Arm sogar — wenn es schon eines von den Gliedern beträfe — nur das nicht. —

Und heute fand sie sich plötzlich und unvorbereitet damit ab. Gut, ich habe eben dieses Gebrechen. Und sie musterte ihr Gesicht mit Freude, hörte sich mit Freude sprechen, sah ihre Beliebtheit im Amte. Sie hatte viel mehr Zeit als die Kollegen, da sie mehr ans Haus gebunden war. Es trieb sie, gute Bücher zu lesen, sich zu bilden, wenn die anderen oberflächlicher Lustbarkeiten nachgingen, und daher überragte sie sie an Wissen und an Grazie des Geistes. Man hörte ihr deshalb gern zu, wenn sie in einer schönen Sprache mit ihnen verkehrte, einen klugen Gedanken mitteilte, ein Scherzwort sagte, etwas erzählte. Sie war der Sonnenschein des Büros, man liebte sie und nicht aus Mitleid — um ihrer heiteren Menschlichkeit wegen.

Am letzten Samstag war etwas früher Arbeitsschluß, und als sie eben dabei war, einzuräumen, kam eine ältere Arbeitskollegin zu ihr, die sie erst kurze Zeit kannte, aber schon herzlich liebte, und fragte sie, warum sie bei ihrem hübschen Gesicht ihrer Klugheit und Tüchtigkeit noch nicht geheiratet habe.

Sie wurde ein wenig rot und sagte: ach so — — nein. Bei einem Gebrechen, wie sie es habe. — —

Die Kollegin betonte abermals mit Nachdenken: aber wenn man so hübsch, jung und geistreich ist.

Ja, ja, erwiderte sie, aber dies alles findet sich ein zweites Mal auf zwei gesunden Beinen. Schluß davon.

Die Kollegin war aber keineswegs geneigt, das Gespräch abzubrechen, sie fuhr fort: lächerlich, sie wisse einen jungen Mann, der ein Mädchen wie sie mit Vergnügen zur Frau nehmen würde; er sei ein Beamter, ein ruhiger Mensch, nicht für den Trubel der Welt geschaffen, ihn zieht es nicht zu Menschen und großem Verkehr, sondern vielmehr in ein friedliches Heim, und da wäre sie doch die Richtige für ihn, sie müßte nicht viel unter Leute gehen . . . . Zuletzt fragte sie, ob sie den jungen Mann bringen dürfe.

Das Mädchen überlegte eine Weile und willigte ein.

Geheime Angst überfiel sie danach. Es war, als fühlte sie schon alle Leiden voraus, die ihr dadurch erwachsen würden, und sie wollte schon wieder absagen, aber die Kollegin sagte plötzlich kurz und bestimmt, in zwei Tagen werde sie ihr den jungen Mann vorstellen. Doch so könne sie ihm natürlich nicht begegnen — sie möge vielmals entschuldigen, sie meine es nur zu ihrem Besten — die Kleider waren zu armselig — die Schuhe — da stockte sie — zu abgetragen — und diesen nichtssagenden, farblosen Mantel — der alte Filzhut, nein, das gehe wirklich nicht, sie müsse von Kopf bis zu den Füßen — wieder steckte sie — neu angezogen sein; auf den ersten Eindruck komme es an. Und so wurde besprochen, wie die Kleider beschafft werden könnten. Sie nahm die Nachtmahlkasse, die eigentlich für Unglücksfälle aufbewahrt war — dort legte sie alles, was sie sich an Essen abgespart, hinein — einiges konnte man kaufen, anderes ließ man aus.

In diesem Zeitraum von zwei Tagen dachte sie nach. Es war das erste Mal, daß ihr die Augen über die ganze Tragweite ihres Unglücks aufgingen.

Seit dem Austritt aus der Handelsschule, ihrem sechzehnten Jahr, war sie im Büro und sie hatte wegen ihres außerordentlich hübschen Gesichtes schon viele liebe Worte gehört, aber daran zu denken, geheiratet zu werden, hatte sie nie gewagt.

Sie dachte jetzt unausgesetzt über sich nach — ohne eigentliche Traurigkeit — es war, wie jemand, der sich über etwas Rechenschaft schuldig war. Sie analysierte und sezierte ihr Uglück, es peinigte sie, sich damit so lange schweigend abgefunden zu haben.

Sie dachte an ihre Kindheit, die sie im Elternhaus verlebt hatte; das Elternhaus bestand aus einem finsteren, feuchten, ebenerdigen Zimmer und einer Küche ohne Fenster. Dort hatte sie die Zeit vom Tage ihrer Geburt bis zu ihrem zwölften Jahre mit drei Geschwistern zugebracht, die nach und nach gestorben waren.

Als Kind hatte die Mutter sie öfters ins Spital getragen. Und sie erinnert sich, wie sie damals in einem großen Saale beisammen standen, unzählige arme Weiber in Umhängtüchern mit ihren kranken Kindern auf dem Arm, dann jammerten alle, winselten wie kranke Hunde, alle klagten: an der Krankheit ihrer Kinder wären nur die nassen Wände schuld. Schauen sie, daß sie von dort fortkommen, in Sonne und Luft, sagten die Aerzte. Aber was nützte das; sie blieben eingekerkert auf Lebensdauer.

Endlich in ihrem zwölften Jahre gelang es ihren Eltern, in eine andere Wohnung zu ziehen, aber da hatte sie schon einen furchtbaren Schaden — der Knochen des rechten Beines war von dem fortwährenden Aufenthalt in Feuchtigkeit angefressen, und schließlich entschlossen sich die Aerzte der Klinik, das Bein zu amputieren. Sie denkt auf einmal mit einer grausamen Klarheit an diese Operation, an den Nachmittag, da sie aus der Narkose erwacht war, und nur ein Bein hatte. Sie war damals vierzehn Jahre alt.

Dann hatte sie zu lernen begonnen, und nachher hatte sie eine Stelle in einem Amt angetreten, wo sie nun seit zehn Jahren war. Sie hatte einen Holzfuß bekommen und seit einiger Zeit eine kunstgerechte Prothese, wie man sie im Kriege herzustellen gelernt hatte.

In diesen zwei Tagen der Entscheidung grü-

Der Völkerbund erwartet Deutschland.

Berlin, 18. September. Der Genfer Korrespondent des „Vorwärts" erhielt von Fritjof Nansen folgende Erklärung: Der Völkerbund wartet auf Deutschlands Eintritt. Ein deutscher Antrag würde mit allen Ehren aufgenommen werden, da er als Versöhnungswille von der ganzen Welt gedeutet würde. Die Militärkontrolle bedeutet kein Hindernis. Ein ständiger Sitz im Völkerbundrat würde für Deutschland geschaffen werden. Der psychologische Augenblick für den Eintritt ist jetzt da.

Das deutschnationale Erpressungsprogramm.

Berlin, 18. September. (Eigenbericht.) Heute waren die Vorsitzenden der deutschnationalen Landesverbände in Berlin versammelt, um sich mit der politischen Lage zu beschäftigen. Es waren die gleichen 42 Leute, von denen sich 39 zwei Tage vor der Abstimmung in schärfster Weise für ein unbedingtes Nein gegenüber den Dawes-Gesetzen aussprachen. Das haben sie inzwischen vergessen und in der heutigen Tagung wurde dem Parteivorsitzenden Hergt zwar kein ausdrückliches Vertrauensvotum gegeben, aber auch kein Mißtrauen gegen ihn ausgesprochen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß die Versammlung gewillt sei, die Geschlossenheit der Partei zu wahren. Sie billige es, daß die deutschnationale Partei in die Regierung eintrete, falls die Partei in dieser Regierung maßgebenden Einfluß erhalte. Gelinge das nicht, so müsse die Partei in die schärfste Opposition gegen die Reichsregierung eintreten.

Irrtum oder Vertragsbruch?

Berlin, 18. September. (Eigenbericht.) Die Besatzungsmächte, die sich nach dem Londoner Pakt zur Tragung der Besatzungskosten verpflichtet hatten, haben heute von der Reichsregierung die Nachzahlung eines Betrages von neunzig Millionen Goldmark für Besatzungskontrolle verlangt. Die Reichsregierung hat die Zahlung dieses Betrages abgelehnt.

Die Räumung der Ruhr.

Berlin, 18. September. (Eigenbericht.) Dem französischen Personal der Eisenbahnregie im besetzten Gebiet wurde mit 4. Oktober gekündigt. Die noch nicht wieder eingestellten deutschen Eisenbahner sind inzwischen aufgefordert worden, sich am 15. Oktober zur Wiederaufnahme des Dienstes zu melden. Die Reichseisenbahngesellschaft wird die Regiestrecken übernehmen und ausgestalten und mit dem 15. Dezember, dem Zeitpunkt der endgültigen Uebernahme der Regie, einen von Grund auf neuen Winterplan einführen.

Die Militärkontrolle des Völkerbundes.

Genf, 18. September. (Eigenbericht.) Die Völkerbundkommission für militärische Angelegenheiten hatte einen Plan in Aussicht genommen, der die Schaffung eines militärischen Kontrollorganes des Völkerbundes für Bulgarien, Oesterreich, Ungarn und Deutschland vorsieht. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, die Kontrolle Deutschlands schon jetzt dem Völkerbund zu übertragen, wenn Deutschland in den Völkerbund einträte. Wegen der Haltung der deutschen Regierung hat man den Plan aufgegeben. Es bleibt deshalb das Ergebnis der interalliierten Kontrolle abzuwarten, ehe die Völkerbundkontrolle kommt. Eine entsprechende Entschließung wird dem Völkerbundrat in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Der Erzbergermörder sichergestellt.

Budapest, 18. September. (Tsch. P.-B.) Der Senat des Budapester Strafgerichtshofes hat heute mittags nach kurzer Beratung auf Grund der vom Offenburger Reichsgericht zur Verfügung gestellten Beweise sowie der Konfrontation zweier deutscher Kriminalbeamten mit dem Verhafteten ausgesprochen, daß der in Budapest in Haft befindliche sich Heinrich Förster nennende junge Mann mit Heinrich Schulze identisch ist, der des Mordes an Erzberger bezichtigt wird. Der Gerichtshof hat sämtliche Akten sofort der Staatsanwaltschaft übergeben, damit sie in Angelegenheit der Auslieferung des Schulze einen Antrag stelle.

Tages-Neuigkeiten.

Obdachlos.

Seit Jahren schon herrscht eine ungeheuere Wohnungsnot. Während des Krieges war kein Geld da für den Kampf gegen das Obdachlosenelend, es wurde dringender benötigt zur Herstellung von Mordwaffen. Und als endlich die Völkerschlächterei zu Ende war, mußte jedem arbeitenden Menschen klar werden, daß die heutige Gesellschaftsordnung nicht fähig und auch nicht willens sei, der sozialen Not weitester Bevölkerungskreise wirksam zu begegnen. Die mit großen Worten angekündigten Aktionen gegen die Wohnungsnot haben in sechs Jahren nicht vermocht, die Geißel der Obdachlosigkeit von der derbenden, um das tägliche Brot ringenden Menschheit zu nehmen. Ungeheuere Summen wurden unproduktiv angelegt, für Kasernen gabs Geld genug — aber nicht für Wohnungen, so daß heute noch Tausende in elenden Löchern in Kellern, ja sogar in Höhlen und verlassenen Ziegelöfen ein kümmerliches Dasein fristen müssen.

Mächtige Baukpaläste streben in den Hauptstraßen Prags in die Höhe. Repräsentationsbauten werden projektiert und allsogleich auch ausgeführt. Aber draußen, an der Peripherie der Hauptstadt, kämpfen Unzählige verzweifelt gegen Schmutz und Krankheitskeime, die sie aus ihren Behausungen nicht zu bannen vermögen.

In der letzten Prager Stadtvertretersitzung, die sich mit der Teuerung und Wohnungsnot beschäftigte, riß einer der Redner den Schleier weg, mit dem bisher sorgfältig die Lobpreiser der heutigen Gesellschaftsordnung das empörende Wohnungselend verdeckt hatten, das innerhalb des ganzen äußeren Gürtels der Stadt die Bevölkerung bedroht. Da wurde bekannt:

daß im Braniker Kalkbruch Menschen in Höhlen wohnen, die sie sich selbst einige Meter über dem Erdboden in das Gestein gehauen;

daß in Selz die Ziegelei als Wohnstätte dient;

daß an der Straße gegen Kuchle unter den Felsen Bretterverschläge als Nachtquartiere hergerichtet wurden;

daß ein Prager Magistratsbeamter mit seiner Familie auf einem Liebener Holzplatz hausen müsse;

daß ein Blinder mit seiner Frau in einem Zimmer wohne, das keinen Herd besitzt (diesem Blinden sind im letzten Winter durch die Kälteeinwirkung in seinem „Wohn"-Zimmer zwei Kinder so schwer erkrankt, daß sie mit abgefrorenen Gliedmaßen im Krankenhaus starben);

daß 15 Personen in einem Vorstadtkeller auf zwei (!!) Betten schlafen müssen, wobei neben diesem, einige hundert Kronen Zins „abwerfenden" Keller, in einem Raume drei Kessel eingebaut sind, in denen während des ganzen Tages Teer gekocht wird;

daß ein Kiosk im Ausmaße von vier Quadratmetern sechs Personen als Wohnung dient;

daß in einem Vorstadtgarten eine kleine Holzbude innerhalb von 24 Stunden in einzelnen Schichten von insgesamt 16 Personen als Schlafstätte benützt wird — und daß, um noch ein Beispiel zu nennen,

die Familie eines Bürgerschuldirektors also wohnt: der Schulleiter in einem Schulkabinett, seine Frau und Tochter in einem Eisenbahnwaggon und die Söhne irgendwo in einem Vorstadtkeller.

Die Prager Gemeinde hat zwar — das soll nicht verschwiegen werden — in den letzten Jahren 70 Wohnhäuser mit 1476 Wohnungen aufgebaut. Was bedeutet aber diese Zahl gegen das Heer der noch heute Wohnungslosen in Prag! Es sind nicht alle Mittel in Bewegung gesetzt worden, um die Not der Obdachlosen erfolgreich zu bekämpfen: das sind die Sünden der alten Stadtvertretung, die ohne weiteres bereit war, beim Bau der Michler Gasanstalt einem französischen Konsortium Millionen in den Rachen zu werfen. Heute besitzt das Prager Rathaus angeblich eine sozialistische Mehrheit. An den sich auch sozialistisch nennenden Parteien wird es nun liegen, daß dem menschenunwürdigen Dasein der Obdachlosen ein Ende gemacht wird.

Die Postgebühren werden nicht herabgesetzt. Viel versprechen und wenig halten, das scheint die Devise des tschechoslowakischen Postministeriums zu sein. Die längste Zeit über wurde von einer Ermäßigung der so hohen tschechoslowakischen Postgebühren — wohl die höchsten der Welt — gesprochen und nun auf einmal heißt es, daß an eine Herabsetzung nicht gedacht werden kann, da die Materialpreise mittlerweile gestiegen sind. Damit gibt man aber zu, daß die Gebühren zu hohe waren, daß mit einer Herabsetzung schon längst hätte eingesetzt werden müssen, nachdem die Materialpreise — auf deren Erhöhung man sich jetzt ausredet — niedrige waren. Aber die tschechoslowakische Post hält es mit gewissen Unternehmern, die wohl mit der Erhöhung der Warenpreise gleich bei der Hand sind, wenn irgendeine geringe Steigerung der Gestehungskosten eintritt, aber mit der Herabsetzung der Preise bei Verbilligung der Erzeugung keine Eile zeigen.

Teuerungskundgebung in Zwittau. Von der Sozialdemokratischen Partei in Zwittau wurde am 16. September im Volkshause eine öffentliche Volksversammlung anschließend mit Demonstration am Stadtplatz veranstaltet. Die Versammlung war für fünf Uhr nachmittag angesagt, die Arbeiter verließen daher um fünf Uhr die Betriebe und zogen in Massen zur Versammlung im Volkshause, in der Senator Genosse Polach das Referat erstattete. Auch die tschechischen Arbeiter hatten sich an der Versammlung beteiligt und es sprach gleichzeitig Genosse Kral aus Brünn in tschechischer Sprache zu den Arbeitern. Nach Schluß der Versammlung zogen sämtliche Arbeiter in geschlossenem Zuge auf den Stadtplatz, wo beide Redner so wie Genosse Kolbe noch kurze Ansprachen an die Versammelten richteten. Eine Resolution wurde angenommen. An dieser Teuerungskundgebung nahmen 3000 Menschen teil.

Die angekündigte Wahl der deutschen Hochschulausschüsse hat in der tschechischen Presse ein lebhaftes Echo gefunden. So kritisiert das tschechische Regierungsblatt die Ausschreibung und erklärt u. a.: Bisher habe das autonomistische Programm der deutschen Politik nichts so sehr geschädigt, wie diese Kundmachung. Es sei gegenwärtig unmöglich, die deutsche Autonomieforderung ernst zu nehmen, wo das kulturelle Institut der deutschen Universität nur den als vollberechtigten Mitbürger auf akademischem Boden anerkennt, der das Bekenntnis zur deutschen Nationalität beweist. „Was würden die Deutschen dazu sagen," sagt das Blatt weiter, „wenn die Republik mit ihren Minoritäten so umginge wie die Universität mit den ihrigen? Die deutsche Minorität, oder vielmehr ihre intellektuelle Führung habe bewiesen, wie unreif sie für eine Autonomie sei. Der Einwand, daß es sich hier um ein kulturelles Gut und nicht um ein politisches handle, sei hinfällig, wenn man bedenkt, daß auch die kulturelle Autonomie, nach der die Deutschen verlangen, ein kulturelles Gut darstellen würde. Und überdies sind die Befugnisse des Ausschusses mehr politischer als kultureller Natur. Die deutsche Universität belohne heute die Krawallmacher unter den Studenten für die Dienste in der Affäre Steinherz." — In dieser Angelegenheit ersucht uns der Zentralverband jüdischer Akademiker in Prag um Aufnahme eines Memorandums, das er dem Rektorat übergeben hat und in dem es heißt: „An einen hohen akademischen Senat der deutschen Universität in Prag! Der Zentralverband jüdischer Akademiker in Prag und die ihm angegliederten Korporationen protestieren auf das schärfste gegen die vom hohen akademischen Senate am schwarzen Brett verlautbarte Kundmachung über die Schaffung eines Studienrates an der deutschen Universität in Prag, in den bloß jene Hörer wählen oder gewählt werden können, die sich zur deutschen Nationalität bekennen. Der Zentralverband jüdischer Akademiker und die ihm angegliederten Korporationen weisen auf die Tatsache hin, daß die — mit ihrem Memorandum vom Ende Juni dieses Jahres überbrachten Forderungen vom hohen akademischen Senat stillschweigend übergangen wurden, und daß sich die jüdische Studentenschaft gezwungen sieht, gegen dieses Vorgehen, das allen akademischen und staatsbürgerlichen Rechten hohnspricht, bei den kompetenten Behörden ihr Recht geltend zu machen."

Neuernennung der Bezirksverwaltungskommission in Petschau. Im Einvernehmen mit dem Landesausschusse hat die politische Landesverwaltung Prag zufolge Erlasses vom 10. September 1924 die bisherige Bezirksverwaltungskommission in Petschau abberufen und eine neue ernannt, welche u. a. aus folgenden Bezirksverwaltungsmitgliedern zusammen gesetzt ist: Vorsitzender: Erdmann Spieß, Landwirt in Döllnitz (B. d. L.). Stellvertreter: Adolf Zörkler, Schlossermeister Petschau (D. S. A. P.). Mitglieder: Richard Hanika in Trossau Nr. 97, Sozialdemokrat; Anton Wittmann, Schönthal, Sozialdemokrat. Ersatzmitglieder: August Koch, Musiklehrer, Petschau, Sozialdemokrat; Franz Kunz Häusler und Maurer in Gängersdorf, Sozialdemokrat. Zu bemerken ist, daß bei der Ernennung dem Wahlverhältnis nach die Sozialdemokraten um mindestens ein Mandat verkürzt wurden.

belte sie mehr als in ihrem Leben. Sie legte sich unausgesetzt die Frage vor: warum gibt es feuchte Wohnungen? Warum werden Menschen unschuldig verurteilt, dort zu hausen, wo es gesundheitsschädlich ist? Ja, sie klagte ihre Eltern an, warum hatten die sie in die Welt gesetzt. Warum hatten sie nicht besser auf sie acht gegeben?

Aber je tiefer sie nachdachte, desto heftiger sprach sie sie frei. Nein, dort lag nicht die Schuld. Wo aber lag sie? Wo lag hier die Schuld, daß sie nur ein Bein hatte, und deshalb nicht das Recht auf Lebensglück?

Der schwerste Augenblick schien ihr der, wenn sie es sagen sollte. Wie sollte sie damit beginnen? „Ich habe nur ein Bein, aber ich will Ihnen eine treue Lebensgefährtin sein!" Nein, das ging nicht; das war ein Unsinn, blödes Zeug. „Ich habe nur ein Bein, aber — — — — —" Nein, es gab nichts, das das entschuldigen konnte. Sie ging nun einmal am Stock, sie hinkte ganz erheblich, und wenn sie sich zur Nacht auszog, sah man den häßlichen Stumpf; das war: der Wahrheit ins Auge gesehen.

Nun aber wurde sie endlich müde des Denkens, jetzt, da sie die Wahrheit gefunden hatte. Es kam eine eigentümliche Neugier über sie: wer der junge aMnn war. Jetzt dachte sie nur immer an ihn. —

Und als der Nachmittag kam, da sie zusammentreffen sollten, war sie fieberhaft erregt und wie im Wahnwitz zog sie die Sachen an, die sie teils ausgeliehen, teils gekauft hatte, und im Spiegel glich sie wirklich einer Schönheit — man sollte gar nicht glauben, welchen Zauber Kleider üben können. Schlag drei Uhr war die Kollegin mit dem jungen Mann zur Stelle; sie wollte die beiden bekannt machen, wurde aber sogleich stutzig, als sie die Veränderung bemerkte, die mit ihnen vorging. Beide erbleichten erst wie Ohnmächtige, dann errötete sie: sie kannten einander. Es war eine alte Bekanntschaft von der Straße. Seit mehr als einem Jahr begegneten sie einander zweimal täglich auf dem Wege ins Büro, und obwohl sie noch nicht miteinander gesprochen hatten, waren sie vertraut, jeder mit dem Wesen des anderen, als hätten sie sich schon immer gekannt. Er wußte von ihrem Stelzfuß und von ihren Alltagskleidern.

Die Röte blieb auf ihrem Gesicht, sie schämte sich, daß sie sich herausgeputzt hatte. Aber sogleich begann ihr Verstand zu arbeiten und sie sagte sich, daß es doch nur verzeihlich sei, gefällig auszusehen, wenn es darauf ankam, die Neigung eines anderen zu gewinnen. Das haben seit jeher alle so gemacht, und sie war keine Ausnahme.

Dieses Verstehen der Situation gab ihr auch langsam die Ruhe wieder.

Sie unterbrach das peinliche Schweigen und sagte: „wie gut, daß wir uns kennen. Nun brauch ich Ihnen nichts von mir zu sagen und das erspart mir viel Schweres."

Der junge Mann stand mit dem Hut in der Hand, wendete ihn hin und her, stammelte etwas, sah auf das liebliche, kluge Gesicht des Mädchens, und man merkte, wie er einer Bezauberung erlag; aber er raffte sich auf und empfahl sich, nachdem er einige Liebenswürdigkeiten gesagt hatte, manche, die gar nicht paßten.

Sie verabredeten wohl aus Höflichkeit noch eine Zusammenkunft, aber als sie es aussprachen, wußten beide, daß nichts daraus werden würde.

„Ich werde nie wieder freien," sagte lächelnd das Mädchen, als der junge Mann verschwunden war.

Streik in der Glasfabrik Inwald in Prag. In den Inwald-Werken in Prag ist ein Streik ausgebrochen. Verursacht wurde derselbe dadurch, daß einige Kommunisten entlassen wurden, die trotz des Verbotes der Direktion, an den Teuerungsdemonstrationen teilzunehmen, die Arbeit verlassen hatten. Die Arbeiter verlangen nun die Zurückziehung der Kündigung. Da die Direktion diese Forderung ablehnte, trat ein Teil der Arbeiter in den Streik.

Großfeuer in der Glashütte Aussig. Gestern abends nach zehn Uhr brach aus bisher unbekannter Ursache im Strohschuppen der Glashütte Aussig ein Großfeuer aus, dem zweifellos große Vorräte zum Opfer fielen. Der Feuerschein verbreitete sich weit in der Umgebung. Es tauchte zuerst das Gerücht auf, daß eine neuerliche Explosion in einer chemischen Fabrikation erfolgt sei. Zum Glück erwiesen sich diese Gerüchte als übertrieben. Eine große Anzahl von Einwohnern eilte zu der Brandstätte. Ebenso waren die Feuerwehren aus der ganzen Umgebung versammelt, und beteiligten sich an der Löschung des Brandes, der mehrere Stunden währte.

Neue Rauchsorten. Neue kleine und billige Zigarren und Zigaretten werden, wie verlautet, derzeit erzeugt und bald in Verschleiß kommen. Die neuen Zigarren werden wahrscheinlich den Namen „Praga" tragen, werden etwa so lang wie der Mittelfinger eines normalen Mannes und so dick wie der kleine Finger sein. Sie werden aus bestem Material hergestellt und billig sein. Im Falle sich diese kurzen Zigarren bewähren, wird eine Sorte kurzer und billiger Zigaretten „Cechia" ausgegeben werden. Beide Rauchsorten dürften zu Weihnachten bereits in Verkehr kommen.

Giftmord am eigenen Manne. Aus Radonitz (Bezirk Kaaden) wird berichtet: In der Vorwoche verschied der 52jährige Arbeiter Josef Fichtner nach kurzem Leiden. Das Gericht ordnete eine Sektion der Leiche des Verstorbenen an, die ergab, daß der Tod Fichtners durch Vergiftung herbeigeführt wurde. Unter dem Verdachte, ihrem Gatten Gift gereicht zu haben, wurde Frau Fichtner verhaftet und dem Bezirksgerichte in Kaaden eingeliefert, wo sie die Tat nach längerem Leugnen eingestand. Als Ursache gibt sie Familienzerwürfnisse an.

Der im Flugzeug entflohene Bankkassier Machatek aus Prag, der vor kurzer Zeit mit 100.000 Kronen mittels Flugzeug nach Paris durchgebrannt ist, wurde von der französischen Polizei in Port Said (Aegypten) festgenommen und von dort mittels Schiffes nach Triest und dann nach Prag gebracht.

Was heißt Deutschnational sein? Wir finden folgende liebenswürdige Charakterisierung der der Deutschnationalen: „Denn, „Deutschnational sein heißt charakterlos und untreu sein". Das Verhalten und die Entscheidung der Führerschicht der Deutschnationalen Volkspartei am 29. August 1924 bildete einen schreienden Widerspruch gegen völkischen Geist, gegen völkische Politik und gegen die völkischen Ziele. Völkisch sein heißt auch: Charakter besitzen. Die Politik der Deutschnationalen Volkspartei war, neben allem anderen, auch charakterlos." — Diese Charakterisierung stammt nicht aus einem „Judenblatt", sondern aus der völkischen „Mecklenburger Warte". Die Herren müssen einander ja kennen!

Blutvergiftung Bohnens. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" hatte sich der Kammersänger Michael Bohnen am Montag bei einem Gastspiel in Hamburg einen rostigen Nagel in den Leib gestoßen. Mittwoch machte sich bei ihm so starkes Fieber bemerkbar, daß er in das Hamburger Krankenhaus geschafft und dort sofort operiert werden mußte. Es stellte sich heraus, daß er sich eine Blutvergiftung zugezogen hatte. Das Befinden Bohnens, der Mittwoch abends nach Berlin transportiert wurde, ist besorgniserregend.

Fascistenterror. Römische Fascisten drangen in der Nacht zum Mittwoch in die Räumlichkeiten der maximalistischen Partei in Rom und plünderten sie aus.

Rußland hat die Wrangelinsel besetzt. Am 20. August landete das Sowjetschiff „Der rote Oktober" bei der Wrangelinsel an der Nordküste Ostsibiriens und hißte auf derselben die Sowjetflagge. Es geschah dies, um die Versuche von Ausländern, die Insel, welche ein Bestandteil der russischen Sowjetrepublik ist, zu besetzen, unmöglich zu machen. (Anmerkung der Redaktion: Die Insel wurde von dem bekannten russischen Forschungsreisenden Wrangel im 19. Jahrhundert entdeckt und findet sich auf den englischen Seekarten unter dem Namen „Land des Königs Georg V.". In den in London zwischen England und Sowjetrußland geführten Verhandlungen blieb die Frage des Eigentums der Insel einstweilen ungelöst. Auf der Insel war am 21. September vorigen Jahres von dem Polarforscher Stephansson die britische Flagge gehißt worden.)

Verhaftung bulgarischer Bahnräuber. Die Polizei von Sofia verhaftete gestern fünf Mitglieder einer Räuberbande, welche vor einigen Tagen die Station Kostenechanja überfallen hatte.

Eine bolschewistische Bande, welche mittels einer Motorbarke von russischen Gebiete her über die rumänische Grenze kam, überfiel Tatarbunar und Nikolajewka in Süd-Bessarabien. Die Behörden haben, wie aus Bukarest gemeldet wird, die Ordnung unter werktätiger Mithilfe der Bevölkerung rasch wiederhergestellt.

Ermäßigungen auf den italienischen Bahnen. Die italienischen Eisenbahnverwaltungen haben für das Jubeljahr 1925 für Reisen mit dem Ziele Rom Fahrtermäßigungen festgesetzt, u. zw. 30 Prozent für einzelne Reisende, 40 Prozent für Gruppen bis zu 50 Personen und 50 Prozent für Extrazüge mit mindestens 400 Personen.

Riesenüberschwemmungen im Gefolge eines Taifuns. Wie aus Tokio gemeldet wird, hat ein Taifun in vielen Teilen Japans Ueberschwemmungen hervorgerufen. Etwa 100 Menschen sind umgekommen. In einem Orte des Distriktes Saitama werden 300 Personen vermißt. An 40.000 Häuser sind teilweise unter Wasser.

Die Einwanderung nach Palästina ist, nach einer Preßbureau-Meldung, in dauernder Zunahme begriffen. In den Jahren 1922 und 1923 betrug die monatliche Durchschnittszahl gegen 650. In den Monaten Juni und Juli d. J. ist sie auf 1795, beziehungsweise 1772 hinaufgeschnellt. Im Monate August sind 2670 Einwanderer in das Land gekommen.

Ein amerikanischer Dampfer gescheitert. Der Dampfer „Asian" ist auf der Fahrt von New Orleans nach Liverpool bei Galley Head (Neu Irland) gescheitert. Die Besatzung und die Passagiere wurden durch einen britischen Zerstörer gerettet. Ein Heizer hat beim Schiffbruch den Tod gefunden.

Brand einer Kathedrale. Wie aus Santiago de Chile gemeldet wird, ist die neue Kathedrale durch einen Brand vollständig zerstört worden.

Eine Luftlinie Deutschland—Südamerika. Wie aus Berlin berichtet wird, veranstaltet eine deutsche Flugzeuggesellschaft zurzeit günstig verlaufende Probeflüge zwischen Barcelona und Las Palmas. Diese Strecke stellt einen Teil des neuen Fluglinienprojektes Deutschland—Italien—Spanien und Südamerikas dar. Es sind regelmäßige Passagier- und Postflüge geplant; Die Kanarischen Inseln sind als Zwischenlandungsstationen, Buenos Aires als vorläufiger Endhafen gedacht. Ferner sind zwischen der spanischen Regierung und der Zeppelin G. m. b. H. Verhandlungen zwecks Schaffung einer Zeppelinlinie Sevilla—Buenos Aires im Gange.

Eröffnung des Hotels Jungfraujoch. Das höchstgelegene Hotel Europas wurde, wie bereits gemeldet, am Sonntag, den 14. September feierlich eröffnet. Es handelt sich um das Berghaus Jungfraujoch im Berner Oberland. Vor zwölf Jahren ist der Plan gefaßt worden, am Endpunkt der Jungfraubahn an Stelle der Felsengalerien und der einfachen Logierräume ein mit allem modernen Komfort ausgestattetes Touristen- und Sporthotel zu erstellen. Der Krieg verhinderte die Ausführung des Projekts bis 1919. Nun ist die große Anlage, die sich hoch über dem Aletschgletscher am Fuße des Jungfraugipfels in 3460 Meter Höhe befindet, vollendet. Die Räume des vierstöckigen Baues sind dazu zum großen Teil in die Felswände gebrochen, die Süd- und die Westfassade liegen gegen die Gletscher hin frei. Das Hotel enthält 18 Fremdenzimmer mit 32 Betten. Daneben sind große Hallen, Gesellschaftsräume und Veranden vorhanden. Die Heizung, die in diesen Höhen eine ausgiebige sein muß, erfolgt elektrisch unter den Fußböden und in den Fenstern.

Witterungsübersicht vom 18. September. Die Ergiebigkeit der Regenschauer, welche am Mittwoch den Vorübergang eines Ausläufers der nördlichen Depression begleitet haben, brachten in Böhmen und Mähren nur stellenweise einen Millimeter Regen. Durch die verstärkte Bewölkung wurde in Böhmen die Tagestemperatur vielfach unter 18 Grad Celsius gebracht. Die Aufheiterung, welche sich in der Nacht auf Donnerstag in der Westhälfte der Republik eingestellt hat, dürfte einen vorübergehenden Charakter haben. Ueber der Westküste Europas bildet sich eine Furche tieferen Druckes. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Im ganzen schön, ziemlich warm, später vom Westen her Verschlimmerung.

Gerichtssaal.

Die Bombenwerfer von Czongrad.

Vor Gericht sind sie alle unschuldig.

Budapest, 17. September. (MTJ.) Vor dem Szolnoker Gerichtshof begann heute der Prozeß gegen Ladislaus Simko, Nikolaus Bölonyi, Andreas Fülöp, gegen die Brüder Georg und Johann Piroschka, sowie die Brüder Johann und Rokus Sagi wegen des an zweiten Weihnachtsabend in Czongrad verübten Attentates. Bekanntlich wurde an diesem Abend in den Ballsaal des Hotels „König von Ungarn", wo der israelitische Frauenverein eine Unterhaltung veranstaltete, durchs Fenster eine Bombe geworfen, durch deren Explosion drei Personen getötet und 25 verletzt wurden. Der erste Angeklagte, der im Laufe der Untersuchung gestanden hatte, erklärte sich heute für nicht schuldig. Er sei von den Detektiven durch Drohungen und Mißhandlungen zum Geständnis gezwungen worden. Auch Bölonyi beteuerte weinend, daß ihm sein Geständnis von den Detektiven durch Mißhandlungen erpreßt wurde. Im Laufe Nachmittags erklärten die Brüder Piroschka und der Angeklagte Fülöp, daß sie, um den Mißhandlungen in der Voruntersuchung zu entgehen, ebenfalls die Schuld auf sich genommen hätten. Der Prozeß dürfte einige Tage dauern.

Die Räuberbande, die Deutschland befreien sollte.

Interessante Enthüllungen vor Gericht.

Es ist bisher, wie man weiß, nicht gelungen, in das Treiben der im Herbst 1923 unter der glorreichen „Regierung" des Generalstaatskommissärs von Kahr und unter dem direkten Oberbefehl Ehrharts zusammengezogenen sogenannten Grenzschutzverbände an der bayrisch-thüringischen Grenze hineinzuleuchten. Man weiß nur aus den Andeutungen des jetzigen Ministerpräsidenten Held, die er im Oktober vorigen Jahres machte, daß sie dem Staat Bayern ungewöhnlich viel Goldmark gekostet haben. Daß sie aber teilweise gehaust haben, wie wirkliche Banditen und Räuber und zur reinsten Landplage geworden sind, beweist ein Prozeß, der sich dieser Tage vor dem Schöffengericht in Bamberg abspielte.

Angeklagt waren 15 Angehörige des Ehrhardtschen Wikingbundes, an ihrer Spitze der „stellvertretende Kompagnieführer" Kaufmann Georg Krieſe aus Frankenstein in Schlesien, der bereits im Besitze eines ziemlich ausgedehnten Strafregisters ist. Unter Krieses Kommando zog die Abteilung am 28. Oktober 1923 nach Untermerzbach (bei Bamberg) vor das Haus des Kaufmannes Karl Goldstein und erzwang sich unter Androhung von Waffengewalt den Eintritt in die Wohnung. Hier veranlaßten sie Goldstein mit vorgehaltenen Pistolen zur Oeffnung seines Kassenschrankes, sperrten dann ihn und seine Frau unter Mißhandlungen in ein Zimmer, worauf sie aus dem Tresor die Wertsachen und aus der Wohnung Kleider und andere ihnen nützlich erscheinende Dinge, darunter 5000 Zigarren und etwa 30.000 Zigaretten raubten. Die Beute, die mit ungewöhnlicher Frechheit und Brutalität gegen die Ueberfallenen gemacht worden war, wurde im Standquartier verteilt.

In der Vernehmung waren sämtliche Angeklagte geständig, redeten sich aber darauf hinaus, daß sie auf militärischen Befehl gehandelt hätten. Außerdem gaben sie an, daß die Verpflegung und Ausrüstung an Kleidern und Schuhen außerordentlich schlecht gewesen sei. Sehr interessante Aussagen machten die zur „Erledigung des inneren Feindes" bestimmten Angeklagten über die ihnen — wie sie sich ausdrückten — von der Regierung Kahr-Lossow in Hülle und Fülle zur Verfügung gestellten Mittel. Auf Beschwerden der Mannschaften wegen der mangelhaften Bekleidung wurde ihnen von Offizieren entgegengehalten, sie sollten ihre Bestände durch Requirierungen ergänzen, und der im Ehrhardt-Lager und im Jungdo eine große Rolle spielende protestantische Pfarrer Johnson (Koburg), jetzt völkischer Abgeordneter im bayrischen Landtag, erklärte bei dem Appell: „Holt euch die Schuhe bei den Juden!" Die Angeklagten redeten sich also darauf hinaus, daß sie lediglich Befehle ihrer Vorgesetzten ausgeführt hätten.

In der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß in der Tat bei den „Grenzschutzverbänden" unglaubliche Zustände herrschten und Terrorisierungen und mit dem Namen „Requirierungen" schamhaft verdeckte Plünderungen an der Tagesordnung waren.

Das nach zweitägiger Verhandlung gefällte Urteil lautete für Kriese wegen eines Verbrechens des schweren Raubes auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten, für Forster ein Jahr fünf Monate, für Krause ein Jahr drei Monate, für sieben weitere Angeklagte auf je ein Jahr, einer erhielt fünf Monate, ein anderer vier Monate und zwei je einen Monat Gefängnis; ein einziger Angeklagter wurde freigesprochen. Sämtlichen Verurteilten wurde Bewährungsfrist versagt.

Aus der „besseren" Gesellschaft.

Troppau, 18. September. Gestern hatte sich vor dem Landesgerichte die 20 Jahre alte Rosa Kostal wegen des Verbrechens des Diebstahles zu verantworten. In der Anklage wird ihr zur Last gelegt, dem reichen Gastwirt Großmann jun. aus Schönstein 1200 K entwendet zu haben, was aber die Angeklagte entschieden in Abrede stellte.

Aus der Anklage entnehmen wir folgendes: Herr Großmann machte am 28. Juli d. J. in Gesellschaft einer Troppauer „Dame" und des Ingenieurs Wenzel Klapetek aus Katharein eine Autopartie nach Grätz, wo sie im Bräuhausgarten einkehrten. Dort machte die Gesellschaft, zu der sich noch ein Oberleutnant hinzugesellt hatte, die Bekanntschaft der Kostal. Diese wurde dann aufgefordert, im Auto mit nach Troppau zu fahren. Großmann übergab vorher einem Mitglied der Gesellschaft die Troppauer „Dame", damit er sich noch vor der Abfahrt mit ihr in den Wald begeben könne . . . Den Beiden scheint es aber im Walde zu gut gefallen zu haben, denn sie ließen die anderen sehr lange warten; diese fuhren schließlich allein nach Troppau, wo sie in der „Löwengrube" einkehrten und die Ankunft der in Grätz zurückgebliebenen abwarteten. Als die beiden aus Grätz zurückkehrten, wurde die Troppauer Dame in den Baracken abgesetzt, während die übrigen mit der Kostal nach Schönstein fuhren, wo sie in der Wohnung des Großmann weiterzechten. Hier wurde die Angeklagte von Großmann mißbraucht und von ihm aufgefordert, auch den anderen zu Gefallen zu sein. Den Rest der Nacht mußte die Kostal in der Wohnung Großmanns verbringen.

Da ihr nun nicht ein Heller bezahlt wurde, soll sie angeblich dem Großmann aus der Rocktasche 1200 K entwendet haben. In der Früh war die Kostal verschwunden. Großmann erstattete sofort die Anzeige und die Angeklagte wurde auch bald verhaftet.

Vor Gericht wollte Großmann als Zeuge mit der Sprache nicht herausrücken. Er schämte sich zu sagen, daß er mit der Angeklagten verkehrt hatte. Als ihm die Kostal dies ins Gesicht sagte, konnte er es allerdings nicht leugnen.

Die Angeklagte wurde trotz ihres Leugnens, die 1200 K entwendet zu haben, zu acht Monaten Kerker verurteilt.

Volkswirtschaft.

Behördliche Schikanen von Konsumvereinen.

In der letzten Zeit werden von verschiedenen Behörden, insbesondere von der Gendarmerie Konsumvereine in der ärgsten Weise schikaniert. So kam in den Verkaufsraum des Podersamer Konsumvereines in Deutschrust ein Gendarm und konfiszierte das dort vorhandene Brot, weil wohl der Preis des Brotes aber nicht dessen Gewicht angegeben war. Der Herr Gendarm ließ das Brot einfach wegführen und verkaufte es auf dem Gemeindeamt unter dem Preis, so daß der Konsumverein schwer geschädigt wird. Wie man sieht, ist dies ein Uebergriff ganz besonderer Art.

Ein zweiter Fall spielte sich im Joachimsthaler Bezirke ab. Dort hatte der Lagerhalter die Verkaufszeit so festgesetzt, daß die Arbeiter nach Schluß der Arbeitszeit einkaufen konnten. Diese Maßnahme erwies sich als unbedingt notwendig, da sonst die Arbeiter in dem Konsumverein hatten überhaupt nicht einkaufen können. Der Gendarm beanständete nun, daß der Achtstundentag nicht eingehalten wurde. Das ist natürlich nicht wahr, der Konsumverein hatte nicht länger offen als acht Stunden, wenn auch nicht zu derselben Zeit, da die übrigen Geschäfte im Orte offen hatten. Bemerkenswert ist auch, daß der Lagerhalter fortwährend Vorladungen vom Gericht erhält, aber erst an demselben Tage, da er bereits vor Gericht erscheinen soll, so daß es ihm nie möglich ist, nach Joachimsthal zu Gericht zu kommen.

In manchen Orten glauben auch die Gendarmen, daß der Konsumverein verpflichtet ist, die Preise auszuhängen. Die Verpflichtung von Aushängung von Preisen betrifft jedoch nur gewerbliche Betriebe, aber nicht Konsumvereine. In Deutschland haben die Konsumvereine soeben ein Gerichtsurteil erwirkt, gemäß welchem sie die Preise nicht aushängen müssen, weil sie nur an Mitglieder verkaufen und die Preise die Oeffentlichkeit nichts angehen. Es wird in der Tschechoslowakei durch das Oberste Verwaltungsgericht nunmehr entschieden werden, ob Konsumvereine Preise aushängen müssen oder nicht.

Abgeordneter Genosse Dietl hat dieser Tage beim Landes-Gendarmeriekommando interveniert, um dieses auf das ungesetzliche Vorgehen einzelner Gendarmeriepostenkommandos aufmerksam zu machen.

Sonderbare Geldsammlungen der Kommunisten.

Der Reichenberger „Vorwärts" inszeniert in den letzten Tagen einen Rummel wegen eines Zirkulars, welches die Union der Textilarbeiter an ihre Ortsgruppen verschickt hat. Dieses Zirkular behandelte die Stellung der Union zu den Sammelaktionen der roten „Internationalen Arbeiterhilfe". In dem Zirkular wurden die Ortsgruppen der Union aufgefordert, sich nur dann an allgemeinen Sammlungen zu beteiligen, wenn dieselben von der Union der Textilarbeiter befürwortet werden. Im Zusammenhange damit wurde auch darauf hingewiesen, wie es die Kommunisten verstehen, jede Kontrolle durch die Verbände zu verhindern und als Beispiel wurde die Tannwalder Aussperrung erwähnt.

Während dieser Aussperrung sind dem dortigen Streikausschuß, in welchem eine ganze Anzahl Kommunisten saßen, bedeutende Beträge an Sammelgeldern zugeflossen und dieser Streikausschuß hatte die Verwaltung und Verteilung dieser Gelder unter die Ausgesperrten durchzuführen. Nach der beendigten Aussperrung wurde vom Streikausschuß zwar eine Rechnung vorgelegt, aber eine Kontrolle durch die drei am Streik beteiligten Verbände wurde durch den Kassier des Streikausschusses, dem Kommunisten Jary bis heute unter ganz nichtigen Ausflüchten verweigert.

Der Umstand nun, daß in dem oberwähnten Zirkular auf den Tannwalder Streikausschuß und sein Gebaren hingewiesen wurde, diente dem Reichenberger „Vorwärts" als Anlaß, gegen die Union der Textilarbeiter und deren Leitung eine Schimpfkanonade zu eröffnen.

Am 30. Juli 1924 sollte durch die Verbandsvertreter in Tannwald eine Kontrolle der Geldgebarung des Streikausschusses durchgeführt werden. Dabei kam es wohl zu einer langen Auseinandersetzung, aber der Kassier, der obgenannte Kommunist Jary, legte trotz dringenden Verlangens die Abrechnung und das Belegmaterial nicht vor. Wir wissen nicht, was Herrn Jary und seine Parteigänger veranlassen, sich mit solcher Zähigkeit gegen eine Kontrolle zur Wehr zu setzen und stellen deshalb an ihn die Gegenfrage: „Wenn alles in Ordnung ist, warum fürchtet er sich vor einer Revision durch die Verbandsvertreter? Wie kommt es, daß die von einer Ortsgruppe an den Streikausschuß eingeschickten Gelder von diesem weder im „Textilarbeiter" noch im „Roten Gewerkschafter" resp. im „Vorwärts" ausgewiesen wurden?"

Daß die Gewerkschaften und die Arbeiter Ursache haben, mißtrauisch zu werden, das beweist ja auch der nun bekanntgewordene Fall beim letzten Bergarbeiterstreik in der Tschechoslowakei, wo 120.000 K, die vom russischen Bergarbeiterverband für die tschechoslowakischen Bergarbeiter gespendet wurden, den streikenden Bergarbeitern, resp. dem Zentralstreikkomitee bis heute noch nicht zugekommen sind.

Im Falle Tannwald scheint die gründliche Kontrolle, wenn sie auch nicht erwünscht ist, aber sehr notwendig zu sein. Es wird sich vielleicht dann auch herausstellen, woher der Betrag von 960 K gekommen ist, der dafür aufgewendet wurde, das Bedürfnis des Streikausschusses, sich photographieren zu lassen, zu befriedigen.

Es ist doch eine ganz nichtssagende Ausflucht, wenn Herr Jary in einem Schreiben vom 20. August 1924 der Union der Textilarbeiter brieflich mitteilt, daß man bereit sei, eine Revision durchführen zu lassen, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Verbände, die an der Revision Teilnehmenden für den Zeitentgang entschädigen, und daß er darüber eine schriftliche Bestätigung verlangt. Es klingt sehr sonderbar, wenn ein Kassier, der Gelder zu verwalten hat, die Frage aufwirft, was bekomme ich dafür, wenn ich mich kontrollieren lasse?

Die Union der Textilarbeiter ist jederzeit bereit, den Wahrheitsbeweis wegen Verweigerung der Kontrolle anzutreten. Wenn es den Kommunisten nicht paßt, so sollen sie einfach die Klage anstrengen. Die Union ist bereit, das gesamte Material dieser Angelegenheit vorzulegen, durch welches der Beweis ohne weiters erbracht werden kann, daß sie sich im Rechte befindet.

•

Genosse Roscher, der Sekretär der Union der Textilarbeiter hat in dieser Angelegenheit an den „Vorwärts" das nachstehende Schreiben gerichtet:

Auf die an mich gerichtete offene Anfrage im „Vorwärts" vom 11. September 1924 erkläre ich, daß ich für meine Handlungen als Funktionär der Gewerkschaft oder der deutschen sozialdemokratischen Partei nur unserer Gewerkschaft oder Partei verantwortlich bin, aber nicht der kommunistischen Partei oder einer anderen kommunistischen Körperschaft.

Wenn sich die kommunistischen Fragesteller durch das Schreiben an unsere Ortsgruppen in ihrer Ehre verletzt fühlen, dann sollen sie sich gar keinen Zwang antun und gegen mich die gerichtliche Klage anstrengen.

Für meine Handlungen trete ich jederzeit ein und bin immer bereit, auch die volle Verantwortung dafür zu übernehmen. Dadurch unterscheide ich mich von jenen kommunistischen Redakteuren und auch von der unbekannten Exekutive des 6. Kreises der KPC., die wohl den Mut hatten, die Ehre anderer Personen zu besudeln, die sich aber dann vor Gericht wie Feiglinge vor der Verantwortung ihrer Handlungsweise **gedrückt haben.**

Ueber die Lohnverhältnisse im Bergbau in der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1923 veröffentlicht das Statistische Staatsamt Daten in der soeben erschienenen Nummer 70-72 seiner „Mitteilungen". Nach diesen waren während der Betriebszeit der Werke im Bergbau beschäftigt durchschnittlich 122.456 Arbeiter (hievon 69.143 bei der Steinkohlengewinnung und 43.960 bei der Braunkohlengewinnung), welche im ganzen 28,430.702 Schichten verfuhren (hievon 15,900.863 bei der Steinkohlengewinnung und 10,117.279 bei der Braunkohlengewinnung); es entfielen daher auf einen Arbeiter 232 Schichten. Versäumt wurden im ganzen 15,496.597 Schichten (hievon 8,869.628 bei der Steinkohlengewinnung, 5,832.104 bei der Braunkohlengewinnung); es entfielen daher auf einen Arbeiter durchschnittlich 126 entgangene Schichten. Der gesamte reine Verdienst der Arbeiter betrug im Jahre 1923 1.099,268.569 Kronen 99 Heller (hievon 619,988.217.27 Kronen bei der Steinkohlengewinnung und 401,270.895 Kronen 14 Heller bei der Braunkohlengewinnung); auf einen Arbeiter entfielen während der Betriebszeit 8,976.85 Kronen, auf eine Schicht 38.66 Kronen. Außerdem betrug die Summe der Naturalbezüge und der in den Lohn nicht eingerechneten Geldbeihilfen 127,324.292.61 Kronen (hievon 63,084.737.58 Kronen bei der Steinkohlengewinnung, und 61,110.062.07 Kronen bei der Braunkohlengewinnung). Im Bergbau waren 3329 Aufseher beschäftigt (2848 bei der Steinkohlengewinnung, 2061 bei der Braunkohlengewinnung), auf welche im ganzen entfielen: 110,539.305.53 Kronen an Reinverdienst (bei der Steinkohlengewinnung 60,169.635.72 Kronen, bei der Braunkohlengewinnung 42,851.346.05 Kronen) und 8,983.210.59 Kronen an Naturalbezügen und an den im Lohne nicht ausgewiesenen Geldbeihilfen (bei der Steinkohlengewinnung 5,688.097.77 Kronen, bei der Braunkohlengewinnung Kronen 2,593.878.86.

Die industrielle Entwicklung in Frankreich. Einem soeben bekanntgewordenen Bericht des britischen Handelsattachees in Paris entnehmen wir folgende interessante Angaben: Die günstige Entwicklung der französischen Industrie hat alle Erwartungen übertroffen. Von Arbeitslosigkeit kann keine Rede sein. In wenigen Monaten des Jahres 1923 erreichte die Zahl der einwandernden ausländischen Arbeitskräfte wöchentlich 6000. Die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete ist praktisch beendet. Die Vorkriegsziffern für Weizen und Zuckerrüben sind wieder erreicht worden. Die Steinkohlenproduktion beträgt jetzt 45 Millionen Tonnen gegen 40.084 Millionen Tonnen vor dem Kriege. Durch die technische Modernisierung der Kohlengruben erhofft der französische Bergbau im Jahre 1926 oder 1927 eine Förderung von 55 bis 60 Millionen Tonnen jährlich zu erreichen. Während sich die Kokserzeugung noch in den ersten Monaten des Jahres 1924 auf 255.000 Tonnen monatlich belief, wird für das Jahr 1924 eine Gesamtkokserzeugung von 5 Millionen Tonnen erwartet. Besonders günstig ist die Lage in der Farbstoff- und Kaliindustrie, der Hanf-, Jute- und Leinenindustrie und der Kunstseidefabrikationsunternehmen. Nach der Schlußfolgerung des britischen Handelsattachees ist Frankreich im Begriff, eins der größten Industrie- und Exportländer und zugleich einer der gefährlichsten Konkurrenten des britischen Handels zu werden.

Kleine Chronik.

Schneestürme in Rußland. Dem nordöstlichen Rußland am Ural hat der September bereits Winterwetter und zwar schwere Schneestürme gebracht. Wie der Ost-Expreß berichtet, wurde besonders der Bezirk Schadrinsk heimgesucht, viele Telegraphenstangen wurden vom Sturm niedergeworfen, der Eisenbahndamm beschädigt. Nach zwei Stunden hörte der Schneefall auf und ging in Regen über. Bei Tschel-jabinsk und Slatoust ist ebenfalls Schnee gefallen.

Ein Wasserflieger ertrunken. Ein Wasserflugzeug, welches dieser Tage abends auf dem Tiber in Rom niedergehen wollte, überstürzte sich und ging in dem Fluß unter. Der Flieger wurde nicht gefunden. Er scheint von der Strömung fortgerissen worden zu sein.

Ursprung und Ende des Jazz. Terpsichore, die Muse der Tanzkunst, wird sich bald in Trauer hüllen müssen. Eines ihrer lieblichsten Kinder ringt im Todeskampf. Wie aus Amerika berichtet wird, liegt der Jazz in den letzten Zügen, und bald wird es mit seiner Herrlichkeit, die sich mehrere Jahre hat behaupten können und die auf der ganzen Welt unbestritten gewesen ist, zu Ende sein. Der Jazz hat im Jahre 1915 in einem Kaffeehaus zu Chicago das Licht der Welt erblickt. Damals waren die Vereinigten Staaten noch nicht „trockengelegt“, und bei Sam Hare trank man noch starke Cocktails und brandigen Genever. In diesem Café konzertierte ein Neger namens Jasbo Brown mit seinem Orchester, das sich aus den sonderbarsten Instrumenten zusammensetzte. Gongs, Autohupen, Trillerpfeifen und Klappern waren darin vertreten. Er selbst blies eine Art Signaltrompete, die er „Pikkolo“ nannte; deren Ton ging den Zuhörern durch Mark und Bein. Je mehr Jasbo getrunken hatte, um so wilder wurde seine Musik, und um so mehr ermunterten ihn die Gäste des Cafés, noch schärferes Zeug zu trinken. Die Töne des „Pikkolo“ wurden immer schriller. „Noch einmal, Jasbo!“ rief man ihm dann zu. Diese Ermunterung wandelte sich allmählich in den stereotypen Ruf: „Noch einmal, Jazz!“ Das war die Taufe der ersten Jazzkapelle, das Jazz-Band, die mit einem verlockenden Angebot nach New York engagiert wurde. Mit den amerikanischen Regimentern kam dann der neue Tanz auch nach Europa, von wo er in kurzer Zeit seinen Siegeszug über die Alte Welt antrat.

Der Hohenzollern-Magen.

Dieses ist ein schlechtes Schwein,
Allso am Trog, nichts fressend!
Ludwig I. von Bayern.

Sechs Jahre nach der Revolution sind die Ansprüche der Gottesgnadenleute an die Kasse des Staates immer noch nicht gestillt. Der Koburger klagt, der Braunschweiger nicht minder, und Mecklenburgs „Dörchläuchting“ ruft den Landtag an, um eine Aufwertung seiner „Abfindung“ zu erzielen, wobei ihm die deutschnational-völkisch-stresemännische Landtagsmehrheit von Schwerin gern zu Willen ist.

Die Hohenzollern bilden auch in dieser Hinsicht eine besondere Familie. Erstens sind sie so zahlreich, wie kaum eines der konkurrierenden Häuser. Sodann haben sie im Laufe der Jahrhunderte so vieles zusammenerobert, -gekauft, -erheiratet und -ererbt, daß sie selber nicht mehr genau wissen, wo ihr Besitztum aufhört und ihr „unrecht Gut“ beginnt. Aus diesen Gründen haben sie bisher eine glatte und vornehme Erledigung ihrer vermeintlichen oder wirklichen Ansprüche an den preußischen Staat verhindert. Durch ihren Generalvertreter, den früheren „Chef des Zivilkabinetts“ von Berg, haben sie so viele Einwendungen gegen eine schiedlich-friedliche Regelung erhoben, daß jetzt der Finanzminister in seiner schon erwähnten Denkschrift an den Landtag erklären muß, er sehe keinen anderen Ausweg, als daß der preußische Staat gegen die Hohenzollern mit Feststellungsklagen vorgehe, nachdem einzelne Hohenzollern den umgekehrten Weg schon vorher beschritten hätten.

Die Situation wäre von weltgeschichtlicher Komik, wenn sie nicht gleichzeitig so unendlich blamabel wäre: Eine Revolution entthront die bisherigen Monarchen und seinen ganzen Troß. Der Mann ist, heldenhaft wie er war, nach Holland geflüchtet. Sein ältester Sohn und legitimer Erbe ebenfalls. Das Vermögen der Familie ist vorläufig beschlagnahmt.

Soweit wie bei allen Revolutionen. Aber nun beginnt die Komödie. Keines der vielen Fürstenhäuser, die in Deutschland „herrschten“, ist des Landes verwiesen. Keinem ist sein mehr oder weniger glanzvoller Name abgesprochen worden. Ihre Sprossen leben alle — mit Wilhelms einziger Ausnahme — weiter in Deutschland, lassen sich weiter kaiserliche oder königliche oder großherzogliche Hoheit titulieren, nehmen je nach Bedarf Veteranen- oder Pferdeparaden ab, kurz, tun so, als ob gar nichts sich verändert hätte, und der jüngere Wilhelm ist inzwischen durch Stresemanns Gnade sogar aus Holland heimgekehrt in den Schoß seiner sehnsüchtig harrenden Familie.

Es ist gewiß etwas Schönes um die Nachsicht, wenn ein Volk sie an Unschuldigen übt. Und es mag unter den Hunderten von Fürstensprossen in Deutschland ja auch manchen gegeben haben, der die Politik Wilhelms nach außen und nach innen so wenig billigte, wie er sie verhindern konnte. Aber die Nachsicht kann auch zum Nachteil werden, wenn sie am falschen Objekte ausgeübt wird.

In dieser Lage befindet sich Preußen gegenwärtig. Es ist von den sozusagen noch geduldeten Hohenzollern ganz regelrecht in die Verteidigungsstellung gedrängt worden. Hat die Reichsverfassung von Weimar die Unverletzlichkeit des Privateigentums auch der ehemaligen Fürstenhäuser ausgesprochen, so mag man in Preußen sich jetzt abplagen mit der Feststellung, was Privateigentum und was Staatseigentum unter den beschlagnahmten Hohenzollerngütern sei. Die Hohenzollern halten fest an dem, was ihre Vorfahren zusammengerafft haben und warten jedesmal auf den Gegenbeweis. Sie gehören jetzt so wenig wie früher zu den Tieren, auf die der Wittelsbacher Ludwig sein oben zitiertes Wort prägte. Sie haben zu allen Zeiten verstanden, auch zu fressen, wenn sie am Troge saßen.

So ist die Denkschrift entstanden, in der der preußische Finanzminister mitteilt, was bisher geschehen ist, um eine reinliche Scheidung zu ermöglichen, und welche Rechtstitel die Hohenzollern für sich in Anspruch nehmen.

Zunächst sind dem früheren König schon von der Revolutionsregierung von 1918 „angemessene Beträge“ für den Lebensunterhalt zugewiesen worden. Dann überließ man ihm den Kaufpreis für zwei Berliner Grundstücke, damit er sich dafür in Holland sein Schloß kaufen könne. Ferner erhielt er bis zum Mai 1921 rund 32 Millionen bar. Im Jahre 1923 erhielt Wilhelm den Gegenwert von 24.000 holländischen Gulden aus den Ueberschüssen der sogenannten Hofkammer. Die übrigen Mitglieder der Hohenzollern-Familie erhielten die Zinsen ihrer Privatvermögen und bezogen außerdem die durch den Kronkassen-Etat für 1914 ausgewiesenen Apanagen bis zum 1. Oktober 1919 in voller Höhe, später nur noch in Höhe von zwei Dritteln der Beträge. Vom 1. Oktober 1921 ab wurden bestimmte Einheitssätze eingeführt, dazu Kinderzulagen und ein beweglicher Teuerungszuschlag. Nach der Markstabilisierung, d. h. vom 1. Jänner 1924 ab erhält der Generalvertreter der Hohenzollern 50.000 Goldmark aus den Ueberschüssen der sogenannten Hofkammer zur Verteilung an die Hohenzollern-Sprößlinge. Außerdem ist die Familie des ältesten Sohnes Wilhelms bereits im „uneingeschränkten Besitz und Genuß“ der Herrschaft Oels, die aus nicht weniger als 15 Gütern, einer Oberförsterei und vier Revieren, sowie mehreren Jagdhäusern besteht und die Kleinigkeit von 10.000 Hektar, das sind rund 40.000 Morgen, umfaßt. Aber mit dem, was ihnen bisher gewährt ist, sind die Hohenzollern bei weitem nicht zufrieden. Auch den Vergleichsvorschlag, den der Finanzminister im Februar ihrem Generalvertreter unterbreitete, haben sie brüsk abgelehnt. Dabei sollte den Hohenzollern ein Landsitz ausgeliefert werden, der an Umfang etwa die Größe des Freistaates Schaumburg-Lippe umfaßt, über andere Teile sollte ein Schiedsgericht entscheiden. Die Hohenzollern fordern aber als Vorbedingung die sofortige Herausgabe eines Areals von 400.000 Morgen, das sind 1000 Quadratkilometer, bevor sie sich überhaupt auf weitere Verhandlungen einlassen wollen. Dies ist sogar dem gegenwärtigen preußischen Finanzminister ein zu starker Tabak gewesen, sodaß er die Verhandlungen vorläufig abbrach.

Man muß die in der Denkschrift beigefügten Rechtsgutachten und Anlagen eingehend studieren, um die vielfach verschlungenen Wege ausfindig zu machen, auf denen die Hohenzollern früher sich Staatseigentum zu Privateigentum umdichten ließen. Als z. B. im Jahre 1848 die damalige Verfassungskommission über das Verhältnis zwischen Krongut und Staatsgut Erörterungen pflegte, ließ der König durch seinen Beauftragten den Einwand erheben, das Haus Hohenzollern habe seinerzeit die ganze Mark Brandenburg käuflich erworben! Worauf der damalige Kultusminister die Frage aufwarf, ob wegen dieses vermeintlichen Kaufes etwa die ganze Mark Brandenburg als Krongut der Hohenzollern gelten solle. Von ähnlicher Güte sind die Rechtsansprüche der Hohenzollern auf andere Liegenschaften. Früher sind sie aus dem großen Privattopf zum Domänengut geschlagen worden, damit also klares Staatseigentum geworden, dann aber wieder mit Hilfe gefälliger Kronjuristen als Teile des Kronfideikommiß bezeichnet und damit wieder zum sogenannten Privateigentum der Hohenzollern erklärt. Aus diesem lieblichen Spiel, das lebhaft an „Meine Tante — deine Tante“ erinnert, sollen jetzt preußische Gerichte in Einzelprozessen herausschälen was recht und billig ist. Dabei handelt es sich bei dieser ganzen Auseinandersetzung nicht so sehr um vermögensrechtliche als um politische Fragen. In anderen Ländern hat man mit entthronten Fürsten kurzen Prozeß gemacht, sie des Landes verwiesen und ihre Vermögen eingezogen. In Preußen-Deutschland aber können die Herrschaften auch jetzt noch auftrumpfen und republikanische Richter in Bewegung setzen, um vermeintliche Rechtsansprüche des „Königshauses“ zu sichern. Die Hohenzollern handeln auch jetzt noch nach dem schönen Spruch, den Ludwig von Bayern in seiner bizarren Art niederschrieb: Auch sie betrachten das Schwein für mangelhaft, das am Troge nicht zu fressen weiß!

Mitteilungen aus dem Publikum.

Auszeichnung. Die weltbekannten, anerkannt vorzüglichen und dabei sehr billigen Erzeugnisse der Firma A. Kalla, I. Erzgebirgische Fischkonserven-Groß-Industrie in Schmiedeberg, Böhmen, die schon viele hervorragende Auszeichnungen besitzen, wurden auch auf der Ausstellung für Kultur und Wirtschaft, Aussig 1924, mit der Goldenen Medaille ausgezeichnet, ein Beweis, daß die von dieser Firma auf den Markt gebrachten Lebensmittel (Fischkonserven usw.) wirklich von erstklassiger Güte sind und jedermann bestens empfohlen werden können. (2917)

Der Film.

Ein neues Kino in Prag. Dieser Tage wurde im Hotel Central in der Hibernergasse das Bio Orient eröffnet. Es gehört neben dem überall notwendigen Kleingeld wohl auch ein gutes Stück Unternehmungslust, ja Wagemut dazu, um zu den in Prag schon reichlich vorhandenen Kinos noch ein neues hinzuzufügen, zu einer Zeit, die eine neue Teuerungswelle bringt. Klar ist jedenfalls, daß ein neues Kino sich in dem scharfen Konkurrenzkampfe mit den anderen guten Kinos, deren wir in Prag eine ganze Reihe besitzen, nur dann behaupten kann, wenn es in jeder Beziehung Erstklassiges leistet. Diesem Grundsatze haben die Leiter des Unternehmens auch Rechnung zu tragen sich bemüht, und zwar mit gutem Erfolg. Der geräumige Saal ist einfach und doch geschmackvoll in Weiß und Gold gehalten und auch seine Akustik ist, wie man bei Čaikovskys „Capriccio“ beurteilen konnte, günstig. Auch für ein Büffet und sogar für einen Rauchsalon ist gesorgt. — Das Eröffnungsprogramm bot dem weiblichen Element eine echt Pariser Modeschau und eine im Baumgarten gefilmte Herbstmodeschau einer Prager Firma. Den Hauptschlager lieferte aber ein amerikanisches Lustspiel „Ausgerechnet Wolkenkratzer“ mit Harald Lloyd in der Hauptrolle. Leute, die im Kino eine Art Vorschule für den Detektivberuf sehen, mögen vielleicht an diesem Stück weniger Gefallen finden, denn sie haben hier nur wenig Gelegenheit, ihren Scharfsinn bei der Entwirrung der verzwicktesten Zusammenhänge im hellsten Lichte leuchten zu lassen. Dafür kommen aber alle jene auf ihre Rechnung, die im Kino, den Alltagssorgen entrückt, nichts als einmal recht herzlich lachen wollen. Absolute Schwindelfreiheit ist aber Voraussetzung, denn sonst kann man einfach nicht zusehen, wie der arme Träger der Haupt olle immer wieder noch ein Stockwerk eines amerikanischen Wolkenkratzers von außen erklimmen muß und zur Abwechslung auch frei an einem Uhrzeiger baumelt. Und wozu diese verrückte Fassadenkletterei? Hier zieht ihn „das ewig Weibliche“ buchstäblich hinan und die ganze Sache endigt friedlich mit einem Verlobungskuß in schwindelnder Höhe. —un—

Neue Filme. (United Artists). Bisher war man gewöhnt, aus Amerika zwar gute Gesellschaftsfilme, aber schlechte historische Filme zu bekommen. Nach dem neuen Mary Pickfordfilm „Für die unglückliche Königin“ wird man dieses Urteil revidieren müssen. Glänzende Bilder aus der englischen Geschichte rollen ab und das blutige und tolle Zeitalter der englischen Reformation ist fast so getreu auf die Leinwand gebracht worden, wie man es von Lubitsch bisher gefilmt sah. Allerdings ist auch in diesem Film Amerika zu merken. Eine gute Dosis amerikanischen Humors hat die spannende Erzählung von der Liebe eines englischen Edelfräuleins aufnehmen müssen. Gerade das aber macht den Film originell. Mary Pickford, reizend im Kostüm des Shakespeareschen England, ist das amerikanische Girl geblieben, das dem Geliebten ebenso treu, wie dem Feinden seiner Liebe auffässig ist. Fein charakterisiert sind aber auch die übrigen Figuren, die „jungfräuliche Königin“ Elisabeth erscheint in einer prächtig gelungenen Maske und selbst Nebenrollen sind verblüffend gut besetzt und von der Regie mit satirischem Geschick bedacht worden. Man freut sich an der reichen Handlung, den bunten Szenen, den witzigen Einfällen und last not least an dem entzückenden Spiel des schönsten amerikanischen Filmstars. — „Der König der wilden Pferde“ ist kein Cowboy, der sieben auf einen Schlag tötet, sondern wirklich und wahrhaftig ein herrliches Pferd, das in einer Reihe gut gelungener Naturaufnahmen auf die Leinwand kommt. Der Film hält sich von Sensationshascherei fern und ist eine durchaus gediegene Leistung. — Die United Artists Gesellschaft sollte aber bei ihren Probevorführungen auf Benützung des Lokals der Prager Filmbörse, das der „Großstadt“ Prag wenig Ehre macht und skandalös polizeiwidrige Zustände aufweist, verzichten, da auch bei einer ersten Vorführung ein guter Film im schönen Rahmen noch besser werden kann. Die Mißstände in der Filmbörse wirken umso krasser, als die Vorführungen der United Artists im Bio „Hvězda“ mustergültig sind. —el.

Kunst und Wissen.

Spielplan der deutschen Bühnen. Als nächste Schauspielnovität gelangt in der Kleinen Bühne Samstag die Komödie „Wer weint um Juckenack?“ zur Erstaufführung. Georg Kaisers „Kolportage“ gelangte heute mit Pepi Kramer-Glöckner und Leopold Kramer a. G. zur Wiederholung. „Die Meistersinger“ werden Sonntag gegeben. Morgen Samstag „Das Weib im Purpur“. Das jüdische Theater „Habimah“ bringt heute in der Kleinen Bühne Dymovs „Höre, Israel“ und morgen Samstag als Nachtvorstellung, Beginn 10 Uhr, die originelle jüdische Operette „Der Mann, der alles kann“. Sonntag nachmittags, 3 Uhr, werden die Gäste Schalom Aschs „Gott der Rache“ spielen. — Die Ausgabe des neuen Abonnements erfolgt täglich an der Kassa im Neuen Theater. Bis inklusive Dienstag, den 23. werden lediglich an die bisherigen Abonnenten die Karten ausgegeben, doch wird schon jetzt die Anmeldung neuer Abonnenten entgegengenommen.

Aus der Partei.

Aus der Bezirksorganisation Petschau. Am 13. und 14. September fand unter Leitung des Kreissekretärs Wondrak in Petschau eine Bezirksexekutivesitzung, eine Lokalausschußsitzung, eine Bezirkskonferenz, eine Arbeiter-Turnerberatung und die Generalversammlung der Lokalorganisation Petschau und der Frauensektion statt. Alle Verhandlungen verliefen mit gutem Erfolg. Die in diesen Versammlungen durchgeführten Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: Es wurden gewählt zum Bezirksvertrauensmann Genosse Adolf Zörkler; in den Bezirksbildungsausschuß Lehrer Alois Woidich-Waltscht, Lehrer Holzinger-Luditz, Lehrer August Koch-Petschau, Adolf Zörkler und Frieda Zörkler; zum Lokalvertrauensmann Genosse Anton Herget; zu Schriftenempfängern für die Bezirksorganisation Genosse Zörkler-Petschau, für die Lokale Anton Herget, Beamtenhaus Petschau; zur Vorsitzenden der Frauensektion wurde die Genossin Hermine Hoffer gewählt.

Jugendbewegung.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsgruppe Prag. Heute, den 19. d. M., 8 Uhr abends, findet im Verein deutscher Arbeiter, Prag II., Smečky 27 (Haus Beseda) eine Versammlung statt, zu der alle Jugendgenossen bestimmt erscheinen mögen.

Vereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag.

20. September: Arbeitspartie nach Liboch, Abfahrt 15.25, Masarykbahnhof. Führung: Gregora.

21. September (Sonntag-Nachmittag): Třešovitz, Weleslavin, Generalka, Ziegenkamm, Roztok. Zusammenkunft Endstation der 10er, halb 2 Uhr nachmittags. Führung: Schmidt.

*

Sonderführung durch die hygienische Ausstellung „Der Mensch“ in der Urania durch Genossen Sanitätsrat Dr. Armin Klein: Samstag halb 3 Uhr nachmittags und Sonntag halb 8 Uhr abends. 2920

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Niessner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.-G., Prag
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

KINO-PROGRAMM
vom 19. bis 25. September:

BIO ORIENT 2921
Divan Možuchin, Natalie Lisenko, Ondrej Braband und Henry Kraus
in ihrem besten Film
Der Liebe Spiel und Gefahr.
Liebesdrama in 7 Akten.

Lido Bio 2901
„Sektpavillon ohne Alkohol“
Große Komödie in 7 Teilen.

BIO LUCERNA 2919
Wegen des enormen Erfolges prolongiert!
POLA NEGRI
in ihrem ersten amerikanischen Film
„Brandmal“
ist der Liebling des Publikums geworden.
!! Das Ereignis der Saison. !!

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Retazanka.

Gastwirtschaft **Deutsches Vereinshaus**
Prag, Smečky 22 (Urania). 1080

Gastwirtschaft **„Lidový dům“**
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich Konzert **PRAG II.,** Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.

Kalla's Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall
bevorzugt.
Verlangen Sie daher nur 2871
Kalla's Fischkonserven
In allen Konsumvereinen erhältlich.